



# **Ergebnisbericht**

## **des Inklusions-Monitors 2022**

im Auftrag des Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

### **Auftragnehmerin**

INSA-CONSULERE GmbH

Herr Hermann Binkert

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel: +49 361 380 395 70

Fax: +49 361 64 43 111

## Projektbeschreibung

Im Auftrag des Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen wurde 2016 ein Inklusions-Monitor in Thüringen ins Leben gerufen. In landesweiten Erhebungen in den Jahren 2016, 2017, 2018, 2019, 2020 und 2021 wurden die Thüringer zu verschiedenen Aspekten rund um die Thematik „Menschen mit Behinderungen“ befragt. Um fortlaufend Veränderungen im Meinungsbild der Thüringer Bevölkerung zu erheben, wurde auch im Jahr 2022 der Inklusions-Monitor durchgeführt. Der Inklusions-Monitor besteht aus einem allgemeinen Teil, der jedes Jahr gleichermaßen abgefragt wird, und einem thematischen Schwerpunkt-Teil. Dieser Schwerpunkt ist im Jahr 2022 „Inklusion trotz(t) Krisen – Inflation, Isolation, Information“.

## Methodik

Für den Inklusions-Monitor 2022 wurde eine bevölkerungsrepräsentative Telefon- und Online-Befragung mit insgesamt 1.000 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren durchgeführt. Der Erhebungszeitraum lag zwischen dem 03.11.2022 und dem 14.11.2022.

Von den 1.000 befragten Personen haben 205 (20,5 %) angegeben, selbst eine Behinderung zu haben. 396 (39,6 %) geben an, Menschen mit Behinderung im Familien- oder Freundeskreis zu haben.

Hinweis: Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich alle Anteile auf alle 1.000 Befragten bzw. auf die jeweiligen Fallzahlen der Monitore in den vergangenen Jahren.

Im Inklusions-Monitor 2016 nahmen zwischen dem 15.11.2016 und dem 23.11.2016 1.002 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch.

Im Inklusions-Monitor 2017 nahmen zwischen dem 20.11.2017 und dem 24.11.2017 1.007 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch.

Im Inklusions-Monitor 2018 nahmen zwischen dem 14.11.2018 und dem 26.11.2018 1.015 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Im Inklusions-Monitor 2019 nahmen zwischen dem 12.08.2019 und dem 19.08.2019 1.009 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Im Inklusions-Monitor 2020 nahmen zwischen dem 09.11.2020 und dem 17.11.2020 1.042 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Im Inklusions-Monitor 2021 nahmen zwischen dem 30.10.2021 und dem 08.11.2020 1.122 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

## Allgemeiner Teil

Wenn Sie an Menschen mit einer Behinderung denken, welche der folgenden Wortassoziationen empfinden Sie als zutreffend?

Eingangs wurden die Befragten auch dieses Jahr wieder darum gebeten, verschiedene Begriffe Menschen mit Behinderung zuzuordnen.

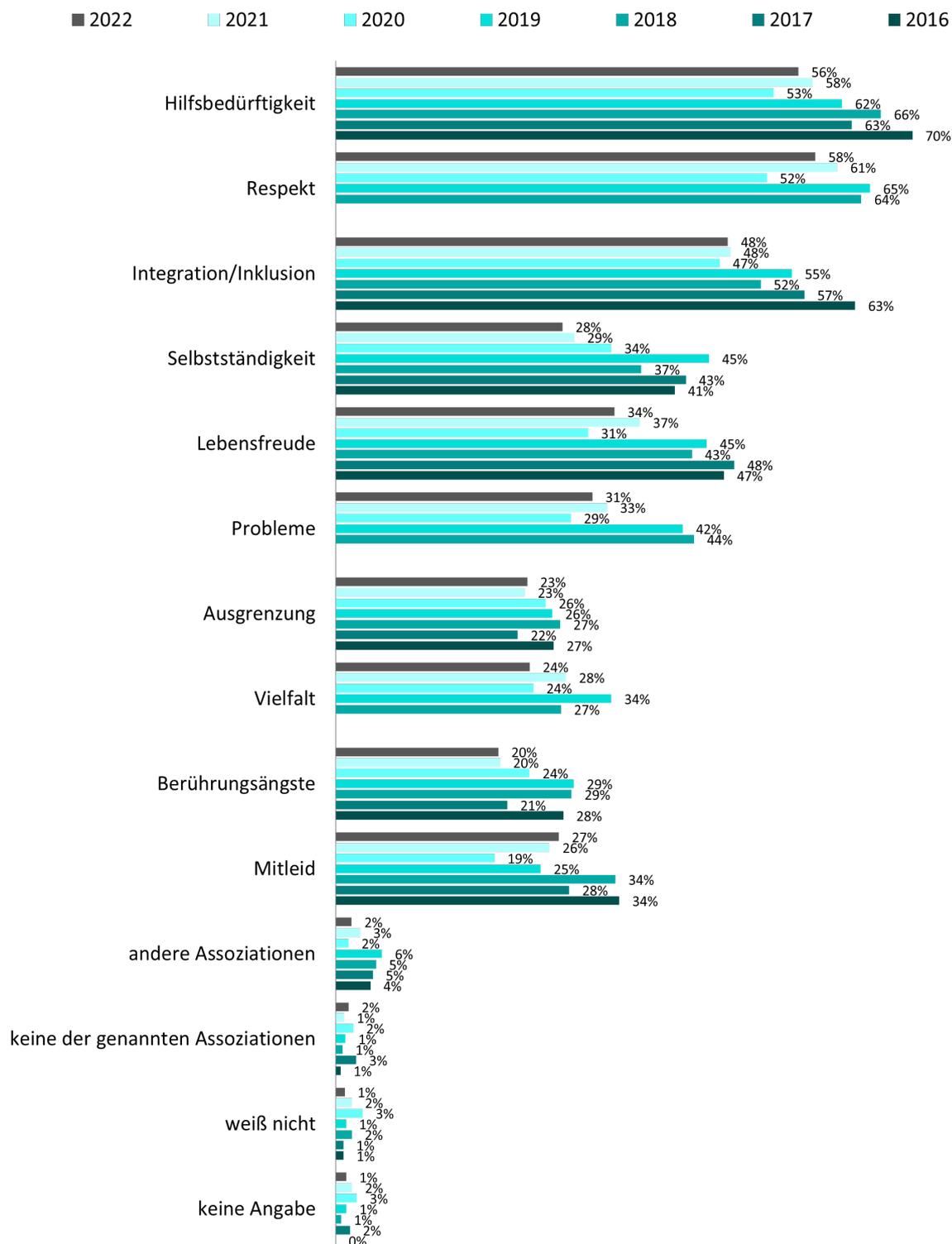


Abbildung 1: "Wenn Sie an Menschen mit einer Behinderung denken, welche der folgenden Wortassoziationen empfinden Sie als zutreffend?", nach Ergebnissen 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017 und 2016

Die meisten Wortassoziationen entfallen auf „Respekt“ (58 %) sowie „Hilfsbedürftigkeit“ (56 %). „Integration/Inklusion“ (48 %) und „Lebensfreude“ (34 %) folgen auf den Rängen drei und vier. Dahinter kommen „Probleme“ (31 %), „Selbstständigkeit“ (28 %) sowie „Mitleid“ (27 %). Auf den drei hinteren Rängen liegen die Begriffe „Vielfalt“ (24 %), „Ausgrenzung“ (23 %) sowie „Berührungspunkte“ (20 %).

Im Vergleich zu den vorangegangenen Wellen bleibt der Begriff „Respekt“ weiterhin auf Platz eins, auch wenn seine Häufigkeit im Unterschied zur letzten Erhebung um drei Prozentpunkte abnimmt. Auch der Anteil der Nennungen von „Vielfalt“ sinkt in diesem Jahr leicht (- 4 %). Bei den anderen Eigenschaften kann im Vergleich zur Erhebung im letzten Jahr keine Unterschiede von mehr als drei Prozentpunkten festgestellt werden.

Während Männer häufiger „Mitleid“ mit Menschen mit Behinderung verbinden (30 zu 25 %), werden sämtliche anderen Eigenschaften von weiblichen Befragten häufiger genannt, wobei dies bei den Assoziationen „Berührungspunkte“ (25 zu 15 %) und „Vielfalt“ (28 zu 19 %) am meisten ins Gewicht fällt.

Befragte ab 50 Jahren verbinden häufiger „Respekt“ mit Menschen mit Behinderung (59 bzw. 67 zu 46 – 52 %), genau wie „Hilfsbedürftigkeit“ (57 bzw. 63 zu 46 – 53 %), „Integration/Inklusion“ (55 bzw. 52 zu 27 – 49 %), „Lebensfreude“ (36 bzw. 41 zu 22 – 30 %) und „Selbstständigkeit“ (je 34 zu 15 – 22 %).

Menschen mit eigener Behinderung geben häufiger als diejenigen ohne eigene Behinderung an, dass sie die negativen Wortassoziationen „Hilfsbedürftigkeit“ (61 zu 55 %), „Probleme“ (37 zu 30 %) und „Ausgrenzung“ (27 zu 22 %) als zutreffend empfinden. Von den positiven Verknüpfungen wird der Begriff „Respekt“ (62 zu 58 %) etwas häufiger genannt.

Zu bemerken ist, dass die Häufigkeit des Begriffs „Integration/Inklusion“ mit formell steigendem Bildungsgrad der Befragten zunimmt (von 11 auf 56 %).

Außerdem nennen Befragte, welche sich der Unterschicht zuordnen, den Begriff „Ausgrenzung“ (deutlich) häufiger als Befragte der Mittel- und Oberschicht (31 zu 22 bzw. 16 %).

### **Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?**

Im Fokus der zweiten Frage standen allgemeine Aussagen zu Inklusionsmaßnahmen und Menschen mit Behinderung.

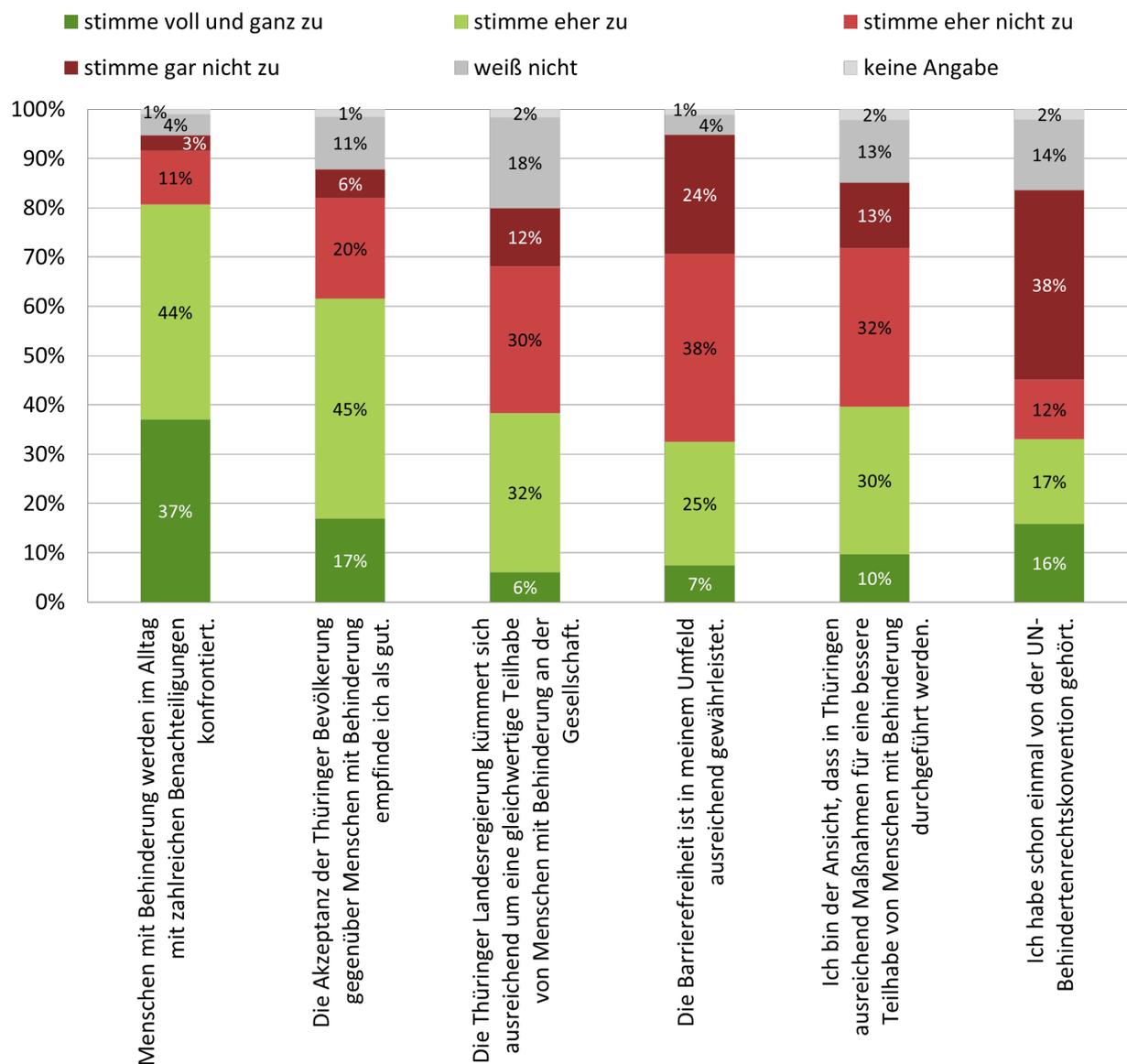


Abbildung 2: "Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?"

Die höchsten Zustimmungswerte erhalten die Aussagen „Menschen mit Behinderung werden im Alltag mit zahlreichen Benachteiligungen konfrontiert“ (81 %, kumuliert) sowie „Die Akzeptanz der Thüringer Bevölkerung gegenüber Menschen mit Behinderung empfinde ich als gut“ (62 %, kumuliert). Im Kontrast dazu werden die Thesen „Die Thüringer Landesregierung kümmert sich ausreichend um eine gleichwertige Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft“ (42 %), „Ich bin der Ansicht, dass in Thüringen ausreichend Maßnahmen für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung durchgeführt werden“ (45 %, kumuliert) jeweils relativ-mehrheitlich und die Aussagen „Ich habe schon einmal von der UN-Behinderten-Rechtskonvention gehört“ (50 %, kumuliert) und „Die Barrierefreiheit ist in meinem Umfeld ausreichend gewährleistet“ (62 %, kumuliert) jeweils absolut-mehrheitlich abgelehnt.

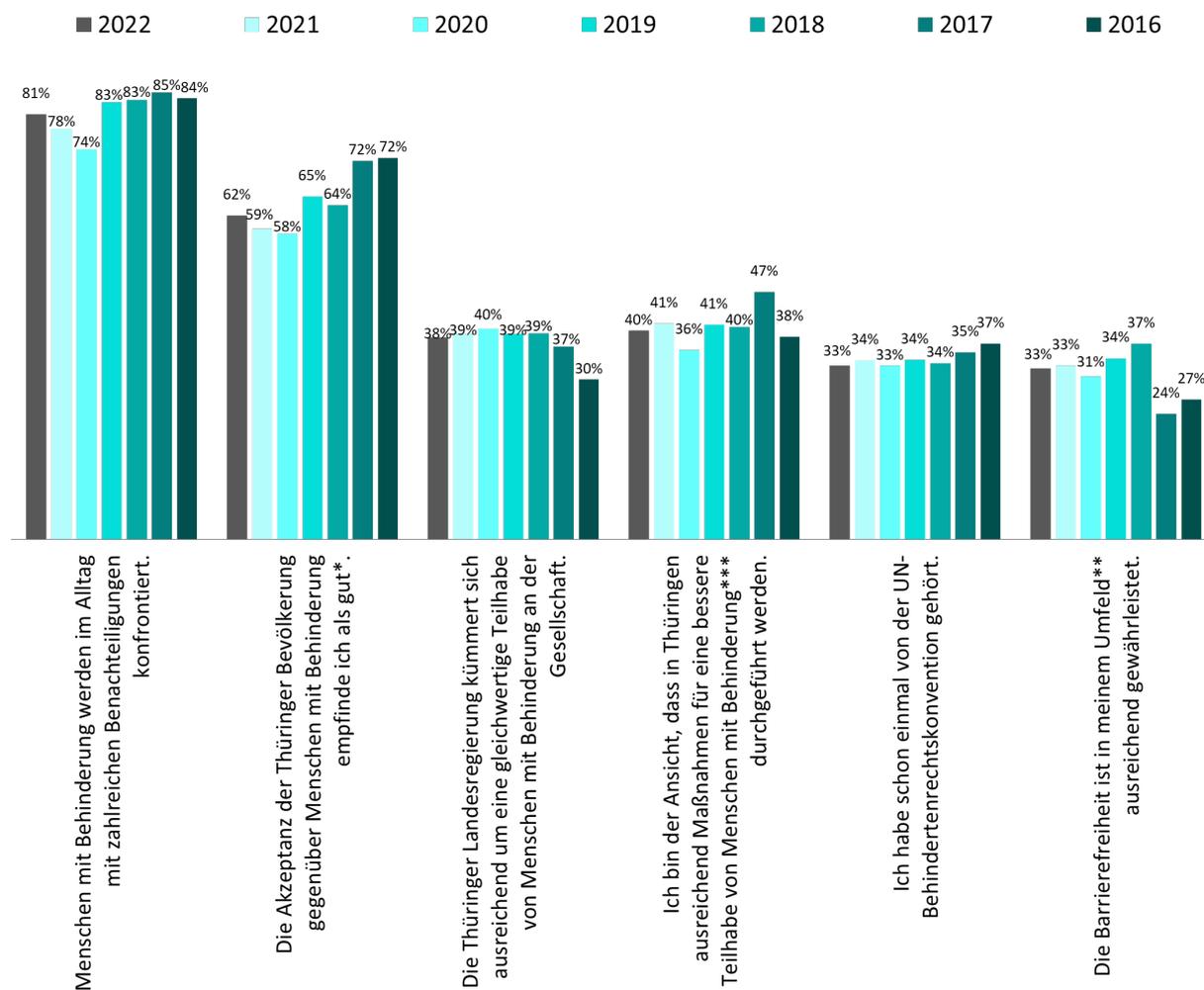


Abbildung 3: "Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?", nur Zustimmungswerte, nach Ergebnissen 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017 und 2016

Im Vergleich zu dem Jahr 2021 haben sich die Werte nur leicht verändert: Während die Zustimmung zu den Aussagen „Die Thüringer Landesregierung kümmert sich ausreichend um eine gleichwertige Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft“, „Ich bin der Ansicht, dass in Thüringen ausreichend Maßnahmen für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung durchgeführt werden“, „Ich habe schon einmal von der UN-Behindertenrechtskonvention gehört“ und „Die Barrierefreiheit ist in meinem Umfeld ausreichend gewährleistet“ im Laufe der letzten Jahre relativ stabil geblieben ist, nimmt die Zustimmung zu den Aussagen „Menschen mit Behinderung werden im Alltag mit zahlreichen Benachteiligungen konfrontiert“ (81 zu 78 (2021) bzw. 74 % (2021); Rest: 83 - 85 %) sowie „Die Akzeptanz der Thüringer Bevölkerung gegenüber Menschen mit Behinderung empfinde ich als gut“ (62 zu 59 (2021) bzw. 58 % (2020), Rest: 64 – 72 %) wieder leicht zu.

Betrachtet man die einzelnen Aussagen, fällt auf, dass die jüngste Befragtengruppe der Aussage „Menschen mit Behinderung werden im Alltag mit zahlreichen Benachteiligungen konfrontiert“ (deutlich) seltener als die älteren Befragten zustimmt (72 zu 81 – 85 %). Der gleiche Trend kann ebenso bei den Befragten, welche sich rechts der politischen Mitte positionieren, beobachtet werden (73 zu 82 bzw. 88 %).

Mit Ausnahme der 40- bis 49-jährigen Befragten (44 %) nimmt der Anteil derer, welche die Aussage „Die Akzeptanz der Thüringer Bevölkerung gegenüber Menschen mit Behinderung empfinde ich

als gut“ bejahen, mit steigendem Lebensalter der Befragten von 55 Prozent bei den jüngsten bis auf 69 Prozent bei den ältesten Befragten zu.

Dass die Thüringer Landesregierung sich ausreichend um eine gleichwertige Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft kümmert, finden vor allem Wähler der SPD (54 %), der FDP (46 %) sowie der Linke (45 %). CDU-Wähler sind sich hier uneins (41 % „stimme nicht zu“, 39 „stimme zu“) und AfD- sowie Grünen-Wähler lehnen die Aussage jeweils relativ-mehrheitlich ab (48 bzw. 43 %). Befragte der Unterschicht stimmen hier deutlich am seltensten zu (21 zu 42 bzw. 48 %).

Was die Barrierefreiheit angeht, stimmen Frauen (26 zu 40 %), Befragte ab 40 Jahren (28 – 33 zu 36 bzw. 37 %) sowie Befragte der politischen Mitte und links davon (31 bzw. 32 zu 38 %) der Aussage „Die Barrierefreiheit ist in meinem Umfeld ausreichend gewährleistet“ seltener zu als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Mit steigendem sozioökonomischen Status wächst hier hingegen die Zustimmung (von 19 auf 42 %).

Die Zustimmung zu der Aussage, dass in Thüringen ausreichend Maßnahmen für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung durchgeführt werden, fällt unter den Befragten, welche nicht durch eigene Behinderung eingeschränkt sind, deutlich höher aus, als bei jenen, welche eingeschränkt sind (43 zu 31 %). Allerdings lehnen beide Befragtengruppen diese Aussage jeweils absolut-mehrheitlich ab (57 bzw. 50 %). Bei den Befragten ohne eigene Behinderung kann hingegen kein klares Stimmungsbild festgestellt werden: Während 44 Prozent dieser Umfrageteilnehmer die Aussage ablehnen, stimmen ihr 41 Prozent zu. Im Gegensatz dazu lehnen Befragte mit eigener Behinderung diese These absolut-mehrheitlich ab (55 %). Betrachtet man die Parteipräferenz, kann beobachtet werden, dass SPD- sowie FDP-Wähler (51 bzw. 53 %) hier jeweils absolut-mehrheitlich zustimmen, wohingegen Wähler der Linke (44 %), der AfD sowie der Grünen (je 52 %) jeweils mehrheitlich gegenteiliger Ansicht sind. CDU-Wähler sind auch bei dieser Frage gespalten (je 45 %).

Der Aussage „Ich habe schon einmal von der UN-Behindertenrechtskonvention gehört“ stimmen Befragte, welche Menschen mit Behinderungen in ihrem Familien- oder Freundeskreis haben, deutlich häufiger zu als Umfrageteilnehmer, bei denen dies nicht der Fall ist (39 zu 29 %). Allerdings wird die Aussage von beiden Befragtengruppen jeweils mehrheitlich als nicht zutreffend eingestuft (45 bzw. 55 %). Wirft man einen Blick auf die Wahlpräferenz, so geben die Grünen-Wähler deutlich am häufigsten an, von dieser Konvention gehört zu haben (46 zu 30 – 35 %). Dennoch sind sie in dieser Frage gespalten (je 46 %) und alle anderen Wählergruppen haben davon jeweils mehrheitlich nicht gehört (49 – 56 %).

### **Was bedeutet der Begriff der Inklusion für Sie?**

Was der Begriff Inklusion für die Umfrageteilnehmer bedeutet, wurde auch in diesem Jahr offen abgefragt. 26 Prozent geben dabei an, diesen Begriff nicht zu kennen. Gegenüber dem Vorjahr, in dem der Wert bei 27 Prozent lag, ist der Begriff Inklusion also nicht bekannter geworden. Interessanterweise hat der Umstand selbst eine Behinderung zu haben, kaum einen Einfluss darauf, ob der Begriff unbekannt ist (28 zu 26 %). Allerdings fällt die Anzahl der Nennungen bei Befragten ab 30 Jahren deutlich höher aus als bei 18- bis 29-Jährigen (52 – 63 zu 28 %). Auch mit formell zunehmendem Bildungsgrad steigt der Anzahl derer, welche dem Begriff eine Bedeutung zuschreiben, von 20 auf 70 Prozent an. Differenziert nach Parteipräferenz kennen die Wähler der AfD den Begriff der Inklusion am seltensten, wohingegen die Grünen-Wähler diesem am häufigsten eine Bedeutung zumessen können (42 zu 72 %; Rest: 49 - 60 %).

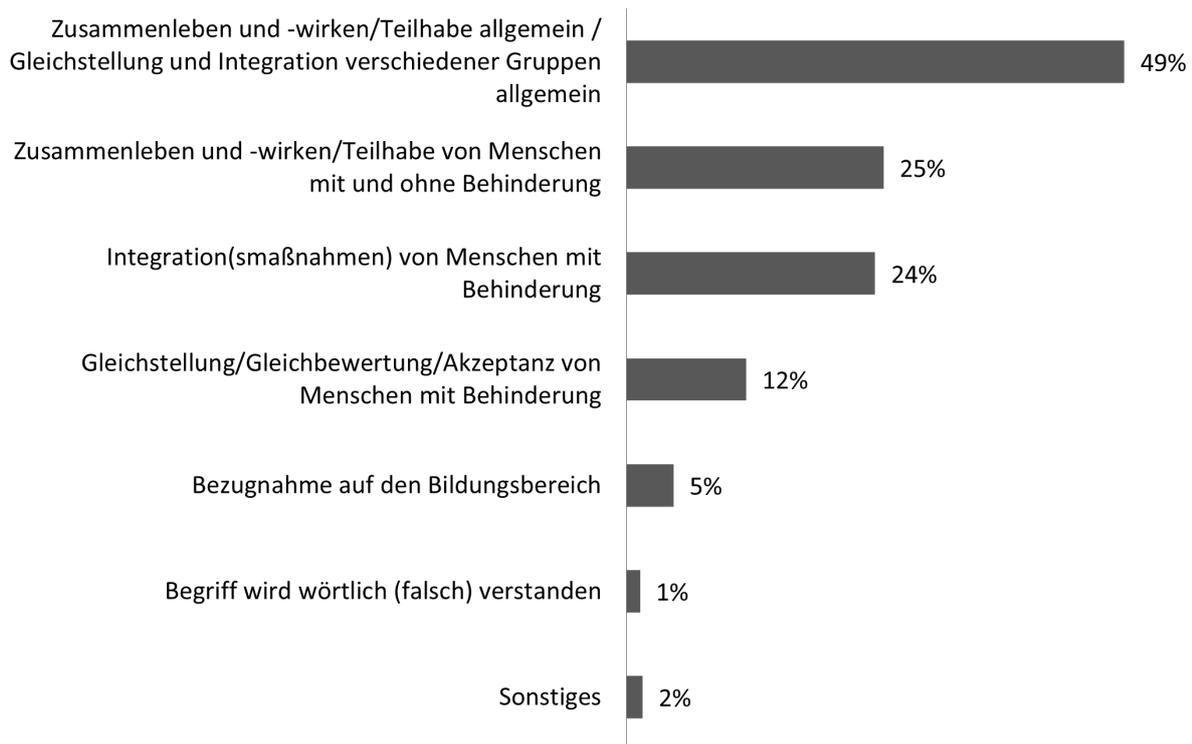


Abbildung 4: "Was bedeutet der Begriff der Inklusion für Sie?", offene Nennungen, n = 517, Mehrfachantwort

Für 49 Prozent der Befragten bedeutet der Begriff der Inklusion das Zusammenleben und -wirken, die Teilhabe sowie die Gleichstellung und Integration verschiedener Gruppen allgemein. Deutlich abgeschlagen folgen das Zusammenleben und -wirken bzw. die Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung mit 25 Prozent und Integration(smaßnahmen) von Menschen mit Behinderung mit 24 Prozent der Nennungen. Seltener wird Gleichstellung, Gleichbewertung, Akzeptanz von Menschen mit Behinderung mit zwölf Prozent genannt. Fünf Prozent der Umfrageteilnehmer nehmen Bezug auf den Bildungsbereich, ein Prozent hat den Begriff wörtlich (falsch) verstanden und zwei Prozent geben eine andere Assoziation an.

Bei der Nennung „Zusammenleben und -wirken/ Teilhabe allgemein/ Gleichstellung und Integration verschiedener Gruppen allgemein“ zeigt sich ein deutlich höherer Anteil von Befragten der Mittel- und Unterschicht (je 50 zu 29 %). Das Gleiche kann unter der Befragten mit eigener Behinderung beobachtet werden (57 zu 46 %), wobei dies Befragte, welche durch eigene Behinderung nicht eingeschränkt sind, deutlich am häufigsten angeben (63 zu 52 %). Befragte der Oberschicht geben hingegen das Zusammenleben und -wirken bzw. die Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung (37 zu je 24 %) sowie Integration(smaßnahmen) von Menschen mit Behinderung (50 zu 24 bzw. 12 %) jeweils deutlich am häufigsten an. Gleichstellung, Gleichbewertung, Akzeptanz von Menschen mit Behinderung nennen Befragte ohne eigene Behinderung häufiger als Umfrageteilnehmer, die selbst eine Behinderung haben (13 zu 7 %).

**Können Sie mir ein Beispiel für funktionierende Inklusions-Maßnahmen oder gute Barrierefreiheit in Ihrem Umfeld nennen?**

Anschließend wurde ebenfalls mittels einer offenen Frage erhoben, welche Beispiele für funktionierende Inklusions-Maßnahmen oder Barrierefreiheiten die Befragten nennen können. Dabei sind 34 Prozent der Befragten in der Lage, ein Beispiel für eine funktionierende Inklusions-Maßnahme oder gute Barrierefreiheit in ihrem Umfeld zu nennen, die relative Mehrheit von

45 Prozent kann dies hingegen nicht. Mit dem formellen Bildungsgrad steigt der Anteil an Befragten, welche eine Nennung machen von elf auf 42 Prozent an. (Deutlich) häufiger außerdem können die Wähler der Grünen ein Beispiel nennen (55 zu 26 bis 47 %).

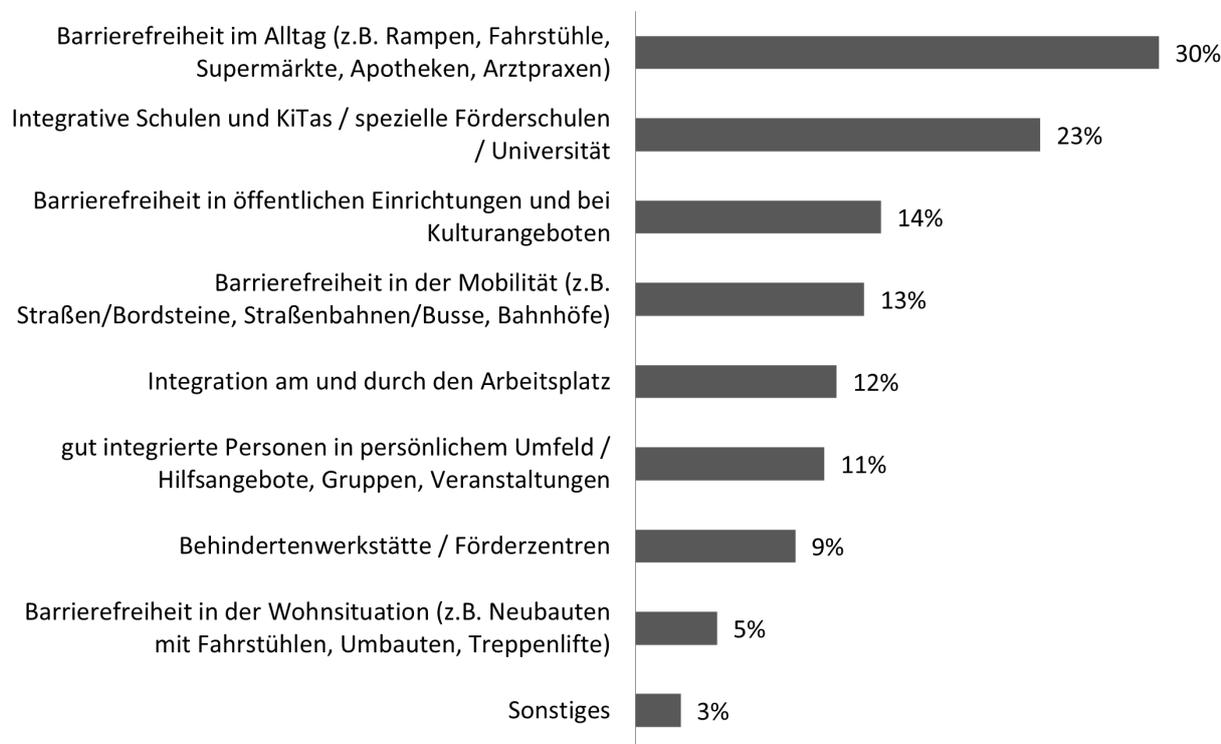


Abbildung 5: "Können Sie ein Beispiel für funktionierende Inklusions-Maßnahmen oder gute Barrierefreiheit in Ihrem Umfeld nennen?", offene Nennungen, n = 337, Mehrfachantwort

Mit 30 Prozent nennen die Befragten am häufigsten „Barrierefreiheit im Alltag (z. B. Rampen, Fahrstühle, Supermärkte, Apotheken, Arztpraxen)“ als Beispiel für funktionierende Inklusions-Maßnahmen. Dahinter folgen mit 23 Prozent „Integrative Schulen und KiTas / spezielle Förderschulen / Universität“. Deutlich abgeschlagen liegt dahinter „Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und bei Kulturangeboten“ mit 14 Prozent, „Barrierefreiheit in der Mobilität (z.B. Straßen/Bordsteine, Straßenbahnen/Busse, Bahnhöfe) mit 13 Prozent, „Integration am und durch den Arbeitsplatz“ mit zwölf Prozent sowie „gut integrierte Personen in persönlichem Umfeld /Hilfsangebote, Gruppen, Veranstaltungen“ mit elf Prozent. Seltener werden „Behindertenwerkstätte / Förderzentren“ mit neun Prozent sowie „Barrierefreiheit in der Wohnsituation (z.B. Neubauten mit Fahrstühlen, Umbauten, Treppenhilfe“ mit fünf Prozent genannt. Drei Prozent der Befragten nennen eine sonstige Inklusions-Maßnahme.

Barrierefreiheit im Alltag (33 zu 28 %), Barrierefreiheit in der Mobilität (17 zu 10 %), Integration am und durch den Arbeitsplatz (14 zu 9 %) sowie gut integrierte Personen in persönlichem Umfeld /Hilfsangebote, Gruppen, Veranstaltungen (13 zu 9 %) werden jeweils häufiger von den männlichen Befragten als ein Beispiel für funktionierende Inklusions-Maßnahmen oder gute Barrierefreiheit aufgeführt. Frauen nennen hingegen Integrative Schulen und KiTas / spezielle Förderschulen / Universität deutlich häufiger (28 zu 18 %).

Befragte mit eigener Behinderung geben öfter die Barrierefreiheit in der Mobilität (z. B. Straßen/Bordsteine, Straßenbahnen/ Busse, Bahnhöfe) (18 zu 12 %) sowie Integration am und durch den Arbeitsplatz (18 zu 10 %) an.

## Schwerpunkt-Teil „Inklusion trotz(t) Krisen – Inflation, Isolation, Information“

Im diesjährigen Schwerpunkt-Teil des Inklusionsmonitors sind wir der Frage nachgegangen, wie es um die Inklusion in der Krisenzeit bestellt ist.

### Denken Sie, dass die aktuelle Inflation Menschen mit Behinderung stärker oder schwächer belastet als Menschen ohne Behinderung?

Zuerst wurde die Belastung von Menschen mit Behinderung durch die aktuelle Inflation betrachtet.

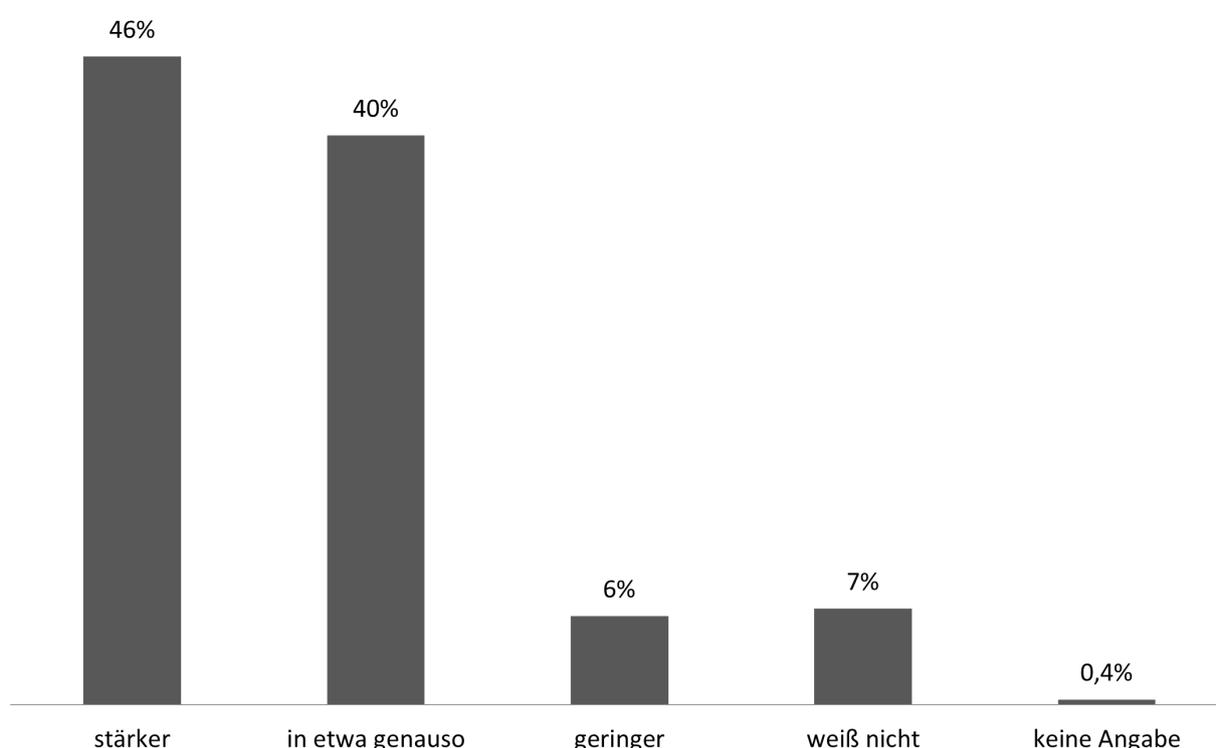


Abbildung 6: " Denken Sie, dass die aktuelle Inflation Menschen mit Behinderung stärker oder schwächer belastet als Menschen ohne Behinderung "

Die relative Mehrheit von 46 Prozent der Befragten geht davon aus, dass die aktuelle Inflation Menschen mit Behinderung stärker als jene ohne Behinderung belastet, wohingegen 40 Prozent der Meinung sind, dass diese genauso stark belastet werden. Sechs Prozent stufen die Belastung von Menschen mit Behinderung sogar als geringer ein. Sieben Prozent wissen hier keine Antwort und 0,4 Prozent machen dazu keine Angabe.

Betrachtet man die Altersgruppen, so sind Befragte ab 50 Jahren deutlich häufiger der Ansicht, dass Menschen mit Behinderung von der Inflation stärker betroffen sind (49 bzw. 56 zu 33 – 38 %). Befragte zwischen 18 und 49 Jahren sind hingegen jeweils relativ-mehrheitlich der Meinung, dass Menschen mit Behinderungen genauso belastet sind (44 – 49 %).

Befragte ohne Schul-/ oder Berufsabschluss\* (\*  $n_{\text{ohne Schul-/ oder Berufsabschluss}} = 16$ ) sowie mit Abitur bzw. Fachhochschulreife stufen die Belastung von Menschen mit Behinderung jeweils relativ-mehrheitlich als „in etwa genauso“ ein (35 bzw. 47 %), bei Befragten ohne Schul-/ oder Berufsabschluss liegt dies aber u.a. daran, dass sie mit 24 Prozent einen sehr hohen „weiß nicht“-

Anteil aufweisen (Rest: 4 -10 %). Alle anderen Bildungsgruppen denken hingegen jeweils mehrheitlich, dass die Last stärker ausgeprägt ist (47 – 50 %).

Hinsichtlich der politischen Selbsteinordnung können bedeutsame Meinungsunterschiede festgestellt werden: Während Befragte, welche sich rechts der politischen Mitte positionieren, relativ-mehrheitlich die Belastung von Menschen mit Behinderung als „in etwa genauso“ einschätzen (49 %), bewerten sie Befragte der politischen Mitte knapp relativ-mehrheitlich (46 %, 43 % „in etwa genauso“) und diejenigen links davon (57 %) absolut-mehrheitlich als stärker als bei Personen ohne Behinderung.

Menschen mit eigener Behinderung sind absolut-mehrheitlich und somit deutlich häufiger der Meinung, dass sie von der aktuellen Inflation stärker betroffen sind als jene, bei denen keine Behinderung vorliegt (57 zu 44 %). Befragte ohne eigene Behinderung sind hier zwischen „stärker“ (44 %) und „in etwa genauso“ (43 %) gespalten und Umfrageteilnehmer, die durch eigene Behinderung eingeschränkt sind, geben nochmal häufiger als jene ohne Einschränkung an, dass sie von der Inflation stärker als Menschen ohne Behinderung betroffen sind (60 zu 52 %).

**Warum denken Sie, dass die aktuelle Inflation Menschen mit Behinderung stärker belastet als Menschen ohne Behinderung?**

In der zweiten Frage des Schwerpunkt-Teils haben wir diejenigen Befragten, welche der Meinung sind, dass die aktuelle Inflation Menschen mit Behinderung stärker belastet als Menschen ohne Behinderung, danach gefragt, warum sie so denken.

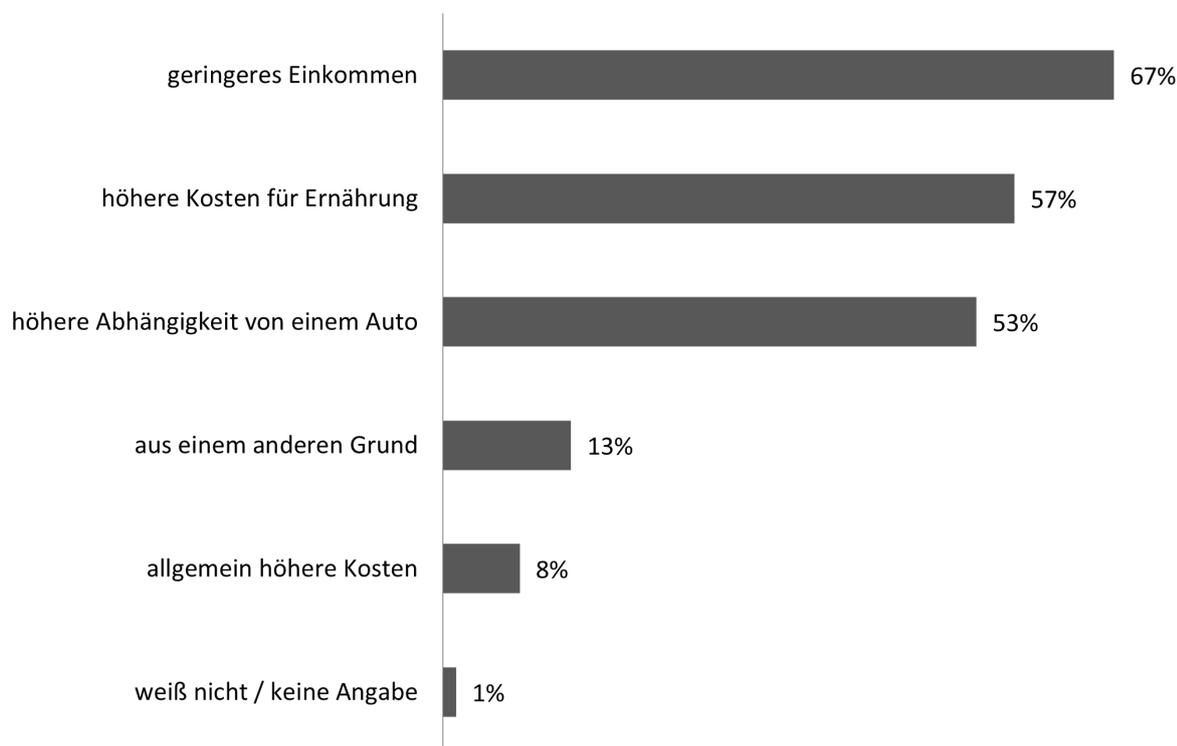


Abbildung 7: " Warum denken Sie, dass die aktuelle Inflation Menschen mit Behinderung stärker belastet als Menschen ohne Behinderung?", n=461, Mehrfachantwort

Am häufigsten sind unsere Umfrageteilnehmer der Meinung, dass die aktuelle Inflation Menschen mit Behinderung stärker belastet, weil sie ein geringeres Einkommen haben: 67 Prozent der Befragten geben dies an. Deutlich abgeschlagen folgen höhere Kosten für Ernährung mit

57 Prozent und höhere Abhängigkeit vom Auto mit 53 Prozent. 13 Prozent nennen einen anderen Grund, acht Prozent höhere Kosten allgemein und ein Prozent kann oder will hier keine Antwort geben.

Betrachtet man das Antwortverhalten nach dem sozioökonomischen Status, so nimmt mit steigendem Status der Anteil derer ab, welche angeben, dass Menschen mit Behinderung geringeres Einkommen haben (von 76 auf 50 %) sowie derer, die eine höhere Abhängigkeit von einem Auto vermerken (von 59 auf 48 %).

Menschen mit Behinderung geben wiederum häufiger als Grund, warum die aktuelle Inflation sie stärker belastet, an, dass sie vom Auto abhängig sind (58 zu 52 %). Auch nennen sie häufiger einen sonstigen Grund (18 zu 11 %) und sind öfter der Meinung, dass sie allgemein höhere Kosten tragen (12 zu 6 %). Die Antwortoptionen „geringeres Einkommen“ (75 zu 65 %) sowie „höhere Abhängigkeit von einem Auto“ (71 zu 53 %) wird von den Befragten, die durch eigene Behinderung nicht eingeschränkt sind, deutlich häufiger als von jenen, die eingeschränkt sind, ausgewählt. Letztere geben hingegen öfter an, dass sie allgemein höhere Kosten tragen (14 zu 8 %). Befragte, welche behinderte Angehörige haben, vermerken wiederum häufiger, dass Menschen mit Behinderung höhere Kosten für Ernährung (61 zu 55 %) sowie allgemein höhere Kosten (11 zu 5 %) tragen müssen.

**Sollten die Bundes- und Landesregierung Ihrer Meinung nach die Interessen von Menschen mit Behinderung bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation stärker berücksichtigen als bislang?**

In der nächsten Frage wurde erörtert, ob die Bundes- und Landesregierung die Interessen von Menschen mit Behinderung bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation stärker als bislang berücksichtigen sollte.

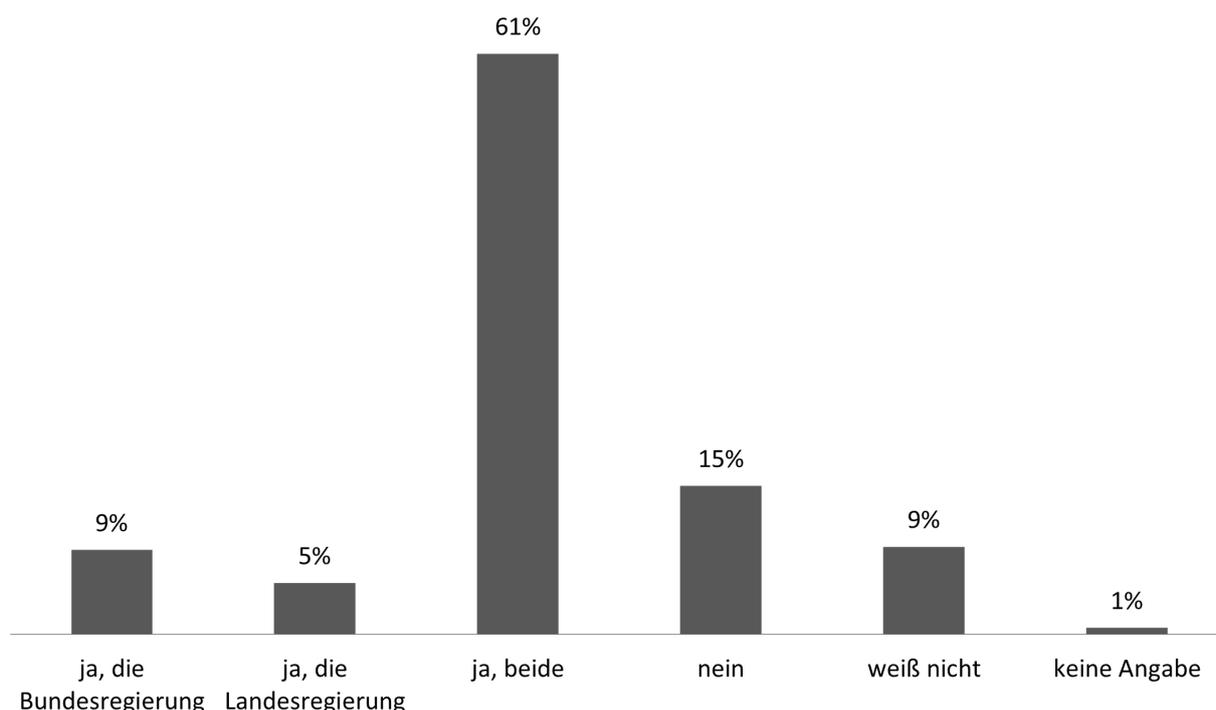


Abbildung 8: "Sollten die Bundes- und Landesregierung Ihrer Meinung nach die Interessen von Menschen mit Behinderung bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation stärker berücksichtigen als bislang?"

Die absolute Mehrheit von 61 Prozent der Befragten ist der Meinung, dass sowohl die Bundes- als auch Landesregierung die Interessen von Menschen mit Behinderung bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation stärker als bislang berücksichtigen sollten. Lediglich 15 Prozent sprechen sich gegen eine stärkere Berücksichtigung aus. Neun Prozent sind für eine stärkere Berücksichtigung seitens der Bundesregierung und fünf Prozent seitens der Landesregierung. Weitere neun Prozent wissen hier keine Antwort und ein Prozent macht dazu keine Angabe.

Der Anteil derer, welche sich dafür aussprechen, dass sowohl die Bundes- als auch Landesregierung die Interessen von Menschen mit Behinderung bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation stärker als bislang berücksichtigen sollten, nimmt mit zunehmendem Alter von 49 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen bzw. 46 Prozent bei den 30- bis 39-Jährigen bis auf 71 Prozent bei den ab 60-jährigen Befragten zu. Entsprechend umgekehrt verhält sich der Alterstrend tendenziell bei denen, welche sich für eine stärkere Berücksichtigung seitens der Bundesregierung (von 13 bzw. 16 auf 4 %) sowie seitens der Landesregierung (von 11 auf 4 %) aussprechen.

Befragte der Obersicht geben deutlich häufiger als Befragte der Mittel- sowie der Unterschicht an, dass dies die Bundesregierung implementieren sollte (23 zu 7 bzw. 12 %), wohingegen die beiden letzteren sich deutlich häufiger dafür aussprechen, dass dies sowohl von den Bundes- als auch der Landesregierung getan werden sollte (63 bzw. 58 zu 45 %). Sämtliche Befragtengruppen geben jedoch jeweils mehrheitlich an, dass sowohl Bundes- als auch Landesregierung die Interessen von Menschen mit Behinderung bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation stärker berücksichtigen sollten.

Auch Befragte, welche sich rechts der politischen Mitte positionieren, sind etwas häufiger der Ansicht, dass sich die Bundesregierung für die stärkere Berücksichtigung einsetzen sollte (17 zu 12 bzw. 8 %). Diese sind allerdings auch merklich häufiger gegen eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Behinderten (24 zu 14 bzw. 16 %). Sämtliche Befragtengruppen sprechen sich allerdings jeweils mehrheitlich für eine stärkere Berücksichtigung durch Bundes- und Landesregierung aus (42 – 62 %).

Betrachtet man in dieser Frage die Wahlpräferenz, wird deutlich, dass alle Wählergruppen jeweils absolut-mehrheitlich die Ansicht vertreten, dass sowohl die Bundes- als auch Landesregierung die Interessen von Menschen mit Behinderung bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation stärker als bislang berücksichtigen sollten. Linke- und SPD-Wähler (65 bzw. 69 %) tun dies deutlich häufiger und FDP-Wähler (50 %) seltener als die anderen Wählergruppen (Rest: 56 – 57 %). Wähler der FDP sind hingegen (deutlich) häufiger gegen eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit Behinderung bei der Inflationsbekämpfung (27 zu 8 – 18 %).

### **Denken Sie, dass die Entlastungen der Politik im Rahmen der Bekämpfung der Inflation bei Menschen mit Behinderung genauso ankommen wie bei Menschen ohne Behinderung?**

Weiter haben wir die Wahrnehmung unserer Umfrageteilnehmer abgefragt, wie die Entlastungen der Politik bei Menschen mit Behinderung ankommen.

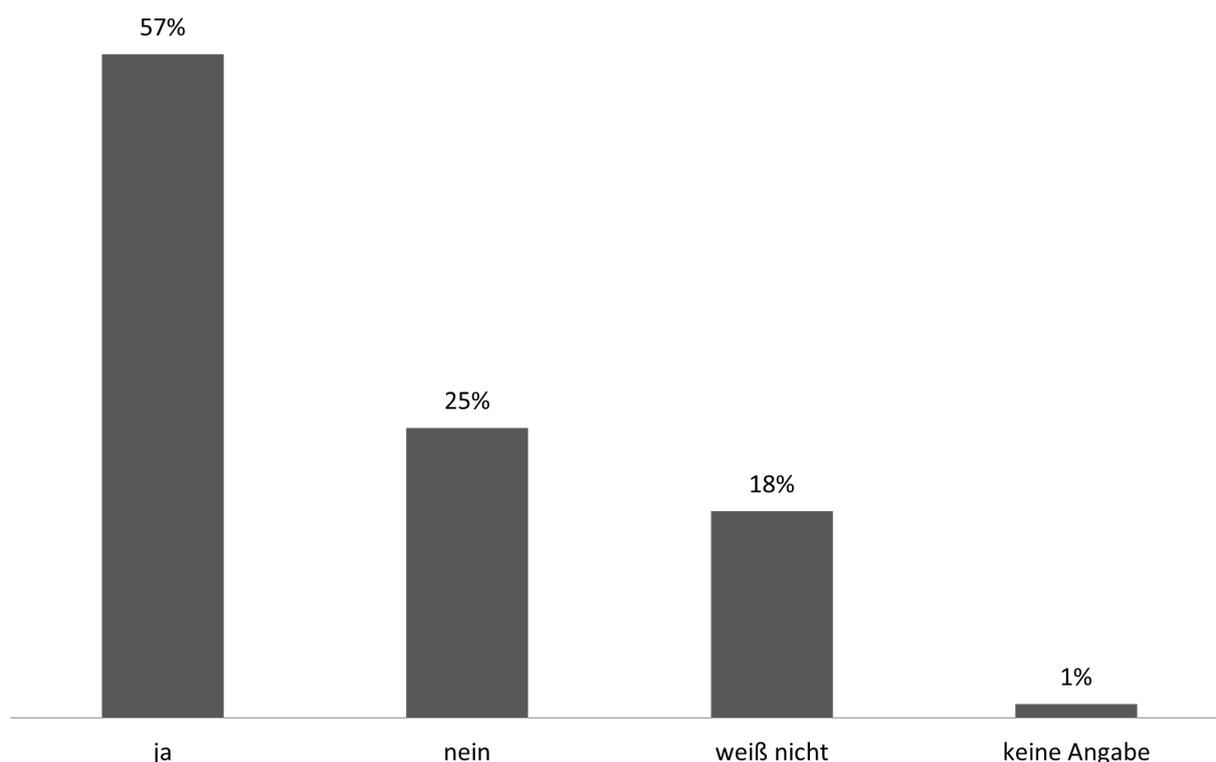


Abbildung 9: "Denken Sie, dass die Entlastungen der Politik im Rahmen der Bekämpfung der Inflation bei Menschen mit Behinderung genauso ankommen wie bei Menschen ohne Behinderung?"

Die absolute Mehrheit von 57 Prozent der Befragten denkt, dass die Entlastungen der Politik im Rahmen der Bekämpfung der Inflation bei Menschen mit Behinderung genauso ankommen wie bei Menschen ohne Behinderung. Ein Viertel der Befragten (25 %) ist hingegen gegenteiliger Ansicht. 18 Prozent wissen hier keine Antwort und ein Prozent macht dazu keine Angabe.

Die Bejahung steigt dabei mit zunehmendem Lebensalter der Befragten von 35 Prozent bei den jüngsten bis auf 71 Prozent bei den ältesten Befragten an. Entsprechend umgekehrt sieht es bei denen aus, welche das Gegenteil angeben (von 34 – 35 auf 16 %), aber auch bei jenen, welche hier keine Antwort geben können (von 26 auf 13 %).

Betrachtet man die sozioökonomischen Schichten, so sind Befragte, welche sich einer Ober- und Mittelschicht zuordnen, jeweils absolut-mehrheitlich der Meinung, dass die Entlastungen bei Menschen mit Behinderung genauso ankommen (53 bzw. 62 %), wohingegen Befragte der Unterschicht hier knapp relativ-mehrheitlich mit „nein“ antworten (36 %; je 32 % „ja“ und „weiß nicht“).

Befragte, welche sich rechts der politischen Mitte positionieren, sind ebenfalls häufiger der Meinung, dass die Entlastungen nicht im gleichen Maße ankommen (32 zu 25 bzw. 22 %).

Dafür, dass die Entlastungen genauso ankommen, sprechen sich auch Umfrageteilnehmer, bei denen eine Behinderung vorliegt häufiger aus als jene ohne eigene Behinderung (64 zu 55 %), wohingegen letztere hierauf häufiger keine Antwort geben können (19 zu 12 %). Außerdem bejahen hier häufiger diejenigen Befragten, welche sich durch die eigene Behinderung nicht eingeschränkt sehen (67 zu 62 %). Umfrageteilnehmer, welche hingegen eingeschränkt sind, verneinen hier etwas öfter (24 zu 20 %).

Nach Wahlpräferenz betrachtend, stimmen hier Grünen-Wähler deutlich am häufigsten und AfD- und FDP-Wähler (deutlich) am seltensten zu (74 zu je 50 %; Rest: 59 – 64 %).

**Sind Sie dafür oder dagegen, dass Unternehmen mit hohem Schwerbehindertenanteil aufgrund der Inflation von der Landesregierung höhere Zuschüsse bekommen als bisher?**

Weiter wurde danach gefragt, wie die Befragten dazu stehen, dass Unternehmen mit einem hohen Schwerbehindertenanteil aufgrund der Inflation von der Landesregierung höhere Zuschüsse bekommen als dies bislang der Fall war. Dabei kann festgestellt werden, dass die Hälfte (50 %) der Befragten dafür ist, wohingegen 29 Prozent dagegen sind und etwa ein Fünftel (19 %) nicht weiß, wie sie sich hierzu positionieren sollen. Zwei Prozent machen hier keine Angabe.

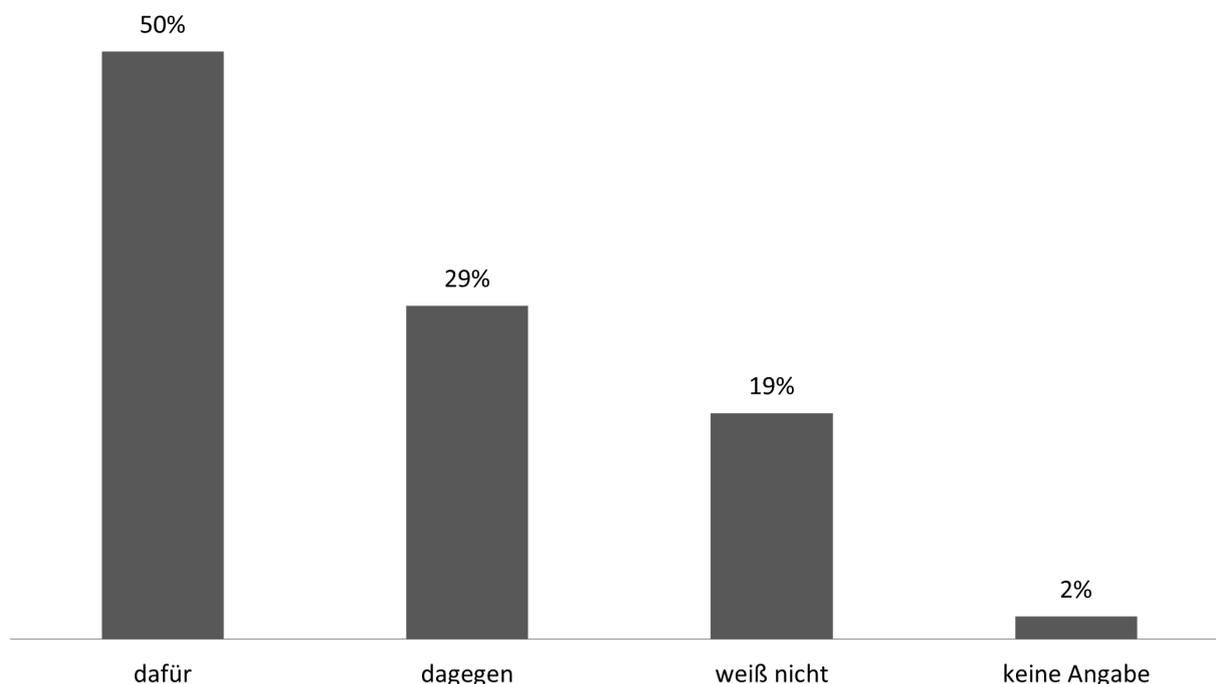


Abbildung 10: "Sind Sie dafür oder dagegen, dass Unternehmen mit hohem Schwerbehindertenanteil aufgrund der Inflation von der Landesregierung höhere Zuschüsse bekommen als bisher?"

Die Bereitschaft, Unternehmen mit einem hohen Schwerbehindertenanteil höhere Zuschüsse zuzugestehen, ist dabei unter Befragten mit einem formell höheren Schulabschluss häufiger vorhanden: So sprechen sich Befragte mit einem Realschulabschluss und höher jeweils absolut-mehrheitlich dafür aus (50 – 55 %), wohingegen Befragte mit einem Hauptschulabschluss hierbei gespaltener Ansicht sind (41 % dafür, 39 % dagegen) und Befragte, welche keinen Schul- oder Berufsabschluss\* (\* ohne Schul-/ oder Berufsabschluss = 16) haben, geben relativ-mehrheitlich an, dass sie nicht wissen, wie sie sich zu diesem Vorschlag positionieren sollen (43 %).

Befragte mit eigener Behinderung sind relativ-mehrheitlich (46 %) und Befragte ohne eigene Behinderung absolut-mehrheitlich (52 %) für diesen Vorschlag. Außerdem sind sowohl Befragte, welche sich durch ihre Behinderung eingeschränkt fühlen (48 %) als auch Befragte, bei denen dies nicht der Fall ist (43 %) jeweils relativ-mehrheitlich dafür.

Auch sämtliche Wählergruppen sprechen sich jeweils mehrheitlich dafür aus, dass Unternehmen mit einem hohen Schwerbehindertenanteil aufgrund der Inflation von der Landesregierung höhere Zuschüssen bekommen sollen als bisher (49 – 62 %).

### Alles in allem: Wie beurteilen Sie aktuell die Bedingungen im öffentlichen Nahverkehr für Menschen mit Behinderung?

Im weiteren Verlauf des diesjährigen Schwerpunkts wurde sich mit den Verhältnissen von behinderten Menschen im öffentlichen Nahverkehr beschäftigt. Insgesamt werden die aktuellen Bedingungen im öffentlichen Nahverkehr für Menschen mit Behinderung dabei von unseren Befragten mehrheitlich negativ eingeschätzt: So sind zehn Prozent der Umfrageteilnehmer der Ansicht, dass die aktuellen Bedingungen sehr schlecht und weitere 39 Prozent eher schlecht sind. Dementgegen stehen 32 Prozent die sie als eher gut und fünf Prozent die sie als sehr gut einstufen. Somit schätzt insgesamt eine Mehrheit von 49 Prozent (kumuliert) der Befragten die Bedingungen als schlecht ein, wohingegen 37 Prozent diese als gut einstufen. 14 Prozent wissen hier keine Einschätzung abzugeben und ein weiteres Prozent möchte dazu keine Auskunft erteilen.

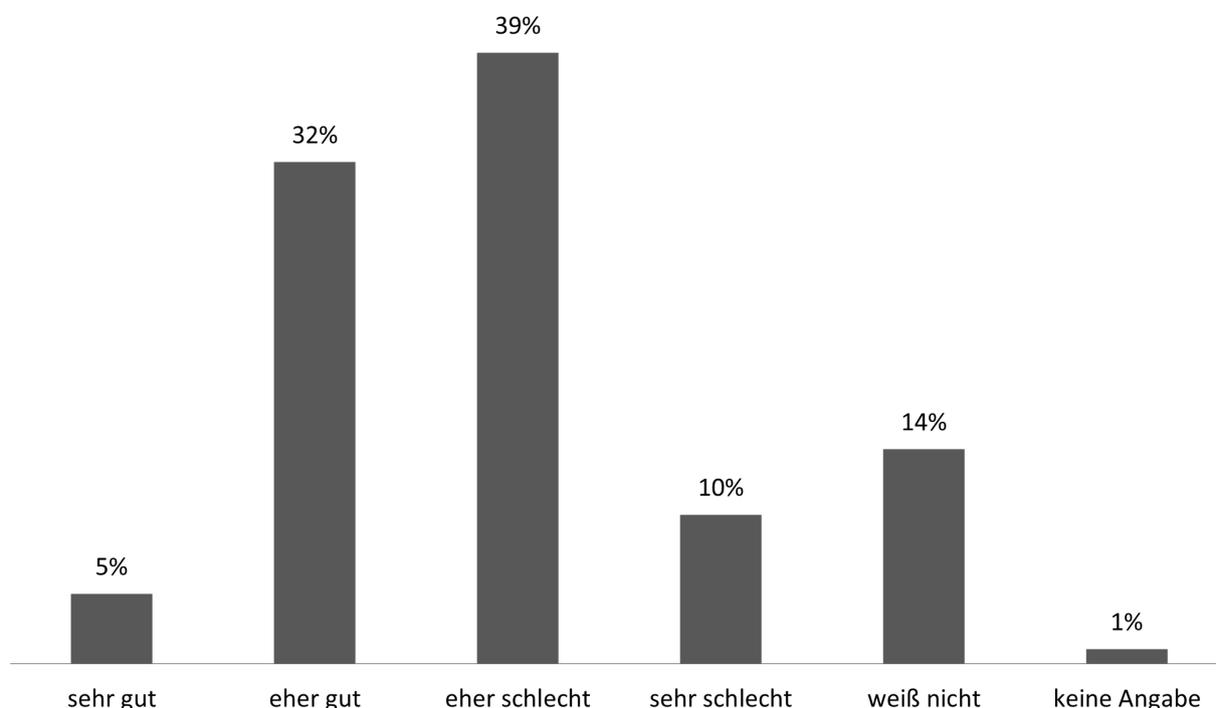


Abbildung 11: "Alles in allem: Wie beurteilen Sie aktuell die Bedingungen im öffentlichen Nahverkehr für Menschen mit Behinderung?"

Bei der Beurteilung der Bedingungen im öffentlichen Nahverkehr für Menschen mit Behinderung kann ein deutlicher geschlechterspezifischer Unterschied festgestellt werden: Während weibliche Befragte diese Bedingungen absolut-mehrheitlich als schlecht einstufen (53 %), sind die befragten Männer geteilter Ansicht (je 44 %).

Auch ein merklicher Unterschied im Antwortverhalten zwischen den selbstverorteten sozioökonomischen Schichten kann festgestellt werden: Während Befragte, welche sich selbst der Oberschicht zuordnen, die Bedingungen absolut-mehrheitlich als gut einschätzen (56 %), sind Befragte der Mittel- und Unterschicht hier deutlich skeptischer, wobei 49 Prozent der Befragten der Mittelschicht und sogar 55 Prozent der Unterschicht diese Bedingungen als schlecht einschätzen.

Außerdem kann beobachtet werden, dass Befragte, welche sich im politischen Spektrum rechts der politischen Mitte verorten, die Bedingungen für Menschen mit Behinderung im öffentlichen Personennahverkehr mehrheitlich als gut einstufen (48 %), wohingegen sowohl Befragte links der

Mitte als auch in der politischen Mitte (49 bzw. 52 %) die Bedingungen jeweils mehrheitlich als schlecht bewerten.

Befragte ohne eigene Behinderung beurteilen die aktuellen Bedingungen im öffentlichen Personennahverkehr relativ-mehrheitlich (48 %) als schlecht und Befragte mit eigener Behinderung absolut-mehrheitlich (53 %).

### **Denken Sie, dass während des Geltungszeitraums des 9€-Tickets die Bedingungen für Menschen mit Behinderung im öffentlichen Nahverkehr besser oder schlechter waren als zuvor?**

In den Sommermonaten von Juni bis einschließlich August konnte in Deutschland für neun Euro ein Ticket erworben werden, mit welchem man bundesweit den öffentlichen Personennahverkehr nutzen konnte. Dieses wurde nach Angaben des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen rund 52 Millionen Mal verkauft und führte so zu einer deutlichen Zunahme der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs.<sup>1</sup> Wir haben unsere Umfrageteilnehmer folglich danach gefragt, was sie denken, welche Auswirkungen eine solche Zunahme der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Menschen mit Behinderungen hat. Dabei zeigte sich, dass die Umfrageteilnehmer tendenziell häufiger eine Verschlechterung der Bedingungen für Menschen mit Behinderung im öffentlichen Nahverkehr vermuten als eine Verbesserung: 25 Prozent geben an, dass sie eher eine Verschlechterung annehmen, 15 Prozent eine deutliche Verschlechterung und lediglich 13 Prozent meinen, die Umstände seien eher und weitere acht Prozent deutlich besser gewesen. Insgesamt denken also 40 Prozent (kumuliert) der Befragten, dass sich durch das günstige Angebot des 9-Euro-Tickets die Bedingungen für Menschen mit Behinderung verschlechtert haben, wohingegen lediglich 21 Prozent (kumuliert) eine Verbesserung vermuten. Ein Viertel (25 %) der Befragten glaubt nicht, dass sich die Bedingungen für Menschen mit Behinderung durch das 9-Euro-Ticket verändert haben. 14 Prozent (kumuliert) möchten oder können dazu keine Einschätzung abgeben.

---

<sup>1</sup> Quelle: Verband deutscher Verkehrsunternehmen (2022). Bilanz zum 9-Euro-Ticket. Verfügbar unter: <https://www.vdv.de/bilanz-9-euro-ticket.aspx> (17.11.2022).

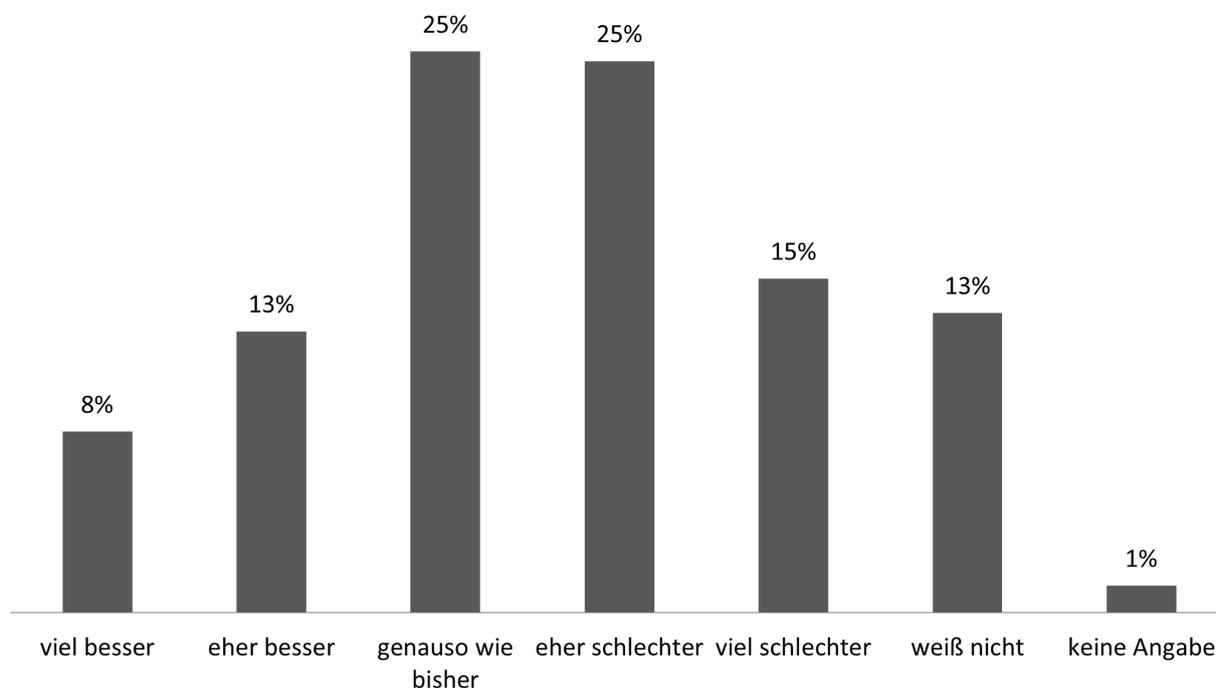


Abbildung 12: "Denken Sie, dass während des Geltungszeitraums des 9€-Tickets die Bedingungen für Menschen mit Behinderung im öffentlichen Nahverkehr besser oder schlechter waren als zuvor?"

Auch wenn sämtliche Altersgruppen jeweils relativ-mehrheitlich glauben, dass sich die Bedingungen für Menschen mit Behinderung durch das 9-Euro-Ticket verschlechtert haben (37 – 43 %), nehmen die jüngsten Befragten (deutlich) häufiger eine Verbesserung an (32 zu 17 – 23 %).

Befragte mit einem Hauptschulabschluss sind dabei gespalten, ob sie eine Verbesserung (29 %) oder eine Verschlechterung (31 %) der Bedingungen für Menschen mit Behinderung vermuten. Alle anderen betrachteten Bildungsgruppen glauben jeweils relativ-mehrheitlich, dass sich durch das 9-Euro-Ticket die Bedingungen verschlechtert haben (33 – 45 %).

Befragte, welche sich selbst der Oberschicht zuordnen, glauben knapp relativ-mehrheitlich, dass sich die Bedingungen für Menschen mit Behinderung im Geltungszeitraum des 9-Euro-Tickets verbessert haben (40 %; 37 % schlechter). Alle andere Befragtengruppen glauben jeweils relativ-mehrheitlich, dass sich die Umstände insgesamt verschlechtert haben (41 bzw. 39 %).

Während Befragte, welche sich im politischen Spektrum rechts der Mitte einordnen, relativ-mehrheitlich glauben, dass die Bedingungen in diesem Zeitraum genauso wie bisher waren für Menschen mit Behinderung (40 %), sind sowohl Befragte links der Mitte (39 %) als auch in der politischen Mitte (44 %) jeweils relativ-mehrheitlich der Ansicht, dass diese Bedingungen insgesamt schlechter geworden sind.

Hinsichtlich dieser Einschätzung gibt es zwischen Befragten mit eigener Behinderung und Befragten ohne eigene Behinderung keine bedeutsamen Unterschiede: Beide Befragtengruppen denken relativ-mehrheitlich, dass sich die Bedingungen für Menschen mit Behinderung während des Geltungszeitraums des 9-Euro-Tickets insgesamt verschlechtert hat (41 bzw. 40 %).

**Inwiefern stärkt oder schwächt Inklusion, also gemeinsames Leben und Arbeiten von Menschen mit und ohne Behinderungen, Ihrer Meinung nach die Stabilität einer Gesellschaft in Krisenzeiten?**

Als nächsten Punkt im Schwerpunkt-Teil des diesjährigen Inklusionsmonitors wird der Frage nachgegangen, ob Inklusion, also das gemeinsame Leben und Arbeiten von Menschen mit und ohne Behinderung, die Stabilität einer Gesellschaft in Krisenzeiten beeinflusst. Dabei kann festgestellt werden, dass die Mehrheit der befragten Thüringer eher einen positiven Einfluss sehen als einen negativen: Während 28 Prozent eher eine Stärkung der Stabilität einer Gesellschaft vermuten und zwölf Prozent sogar eine deutliche Stärkung, glauben lediglich zehn Prozent, dass die Gesellschaft in Krisenzeiten durch Inklusion eher und lediglich zwei Prozent deutlich geschwächt wird. Insgesamt meinen demnach 40 Prozent (kumuliert), dass Inklusion eine Gesellschaft in Krisenzeiten stabiler macht, wohingegen insgesamt zwölf Prozent eine Schwächung der Stabilität vermuten. Ein Drittel (33 %) glaubt, dass Inklusion keinen Einfluss auf die Stabilität einer Gesellschaft hat, 13 Prozent der Befragten vermögen hierzu keine Einschätzung abzugeben und weitere zwei Prozent wollen keine Auskunft erteilen.

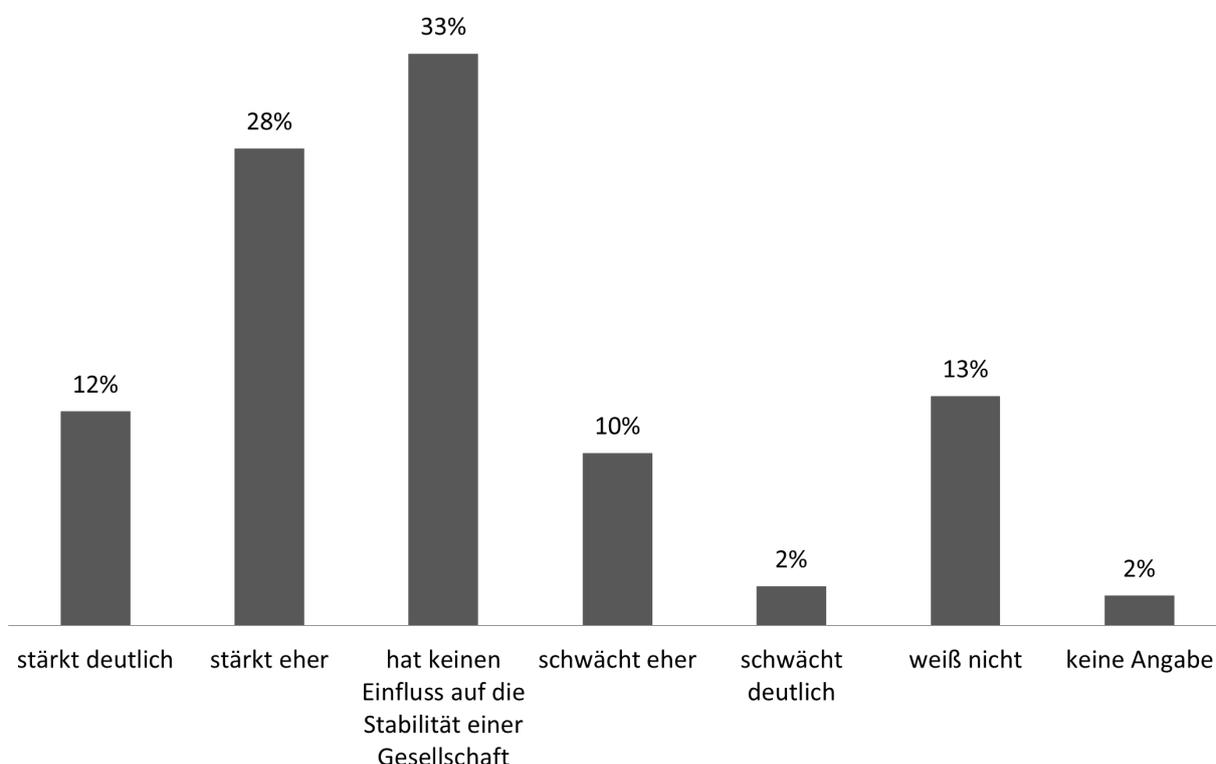


Abbildung 13: "Inwiefern stärkt oder schwächt Inklusion, also gemeinsames Leben und Arbeiten von Menschen mit und ohne Behinderungen, Ihrer Meinung nach die Stabilität einer Gesellschaft in Krisenzeiten?"

Lediglich Befragte zwischen 50 und 59 Jahren glauben relativ-mehrheitlich, dass Inklusion keinen Einfluss auf die Stabilität einer Gesellschaft in Krisenzeiten hat (45 zu 26 – 34 %). Alle anderen Altersgruppen meinen jeweils relativ-mehrheitlich, dass das gemeinsame Arbeiten und Leben von Menschen mit und ohne Behinderung, insgesamt die Stabilität einer Gesellschaft stärkt, wobei dies Befragte ab 50 Jahren seltener angeben als die jüngeren Befragten (je 37 zu 42 – 46 %).

Während Befragte, welche sich selbst der Oberschicht zuordnen, absolut-mehrheitlich glauben, dass Inklusion die Stabilität einer Gesellschaft in Krisenzeiten stärkt (55 %), äußern dies Befragte der Mittelschicht nur mehr relativ-mehrheitlich (40 %) und Befragte der Unterschicht meinen relativ-mehrheitlich, dass Inklusion keinen Einfluss auf die Stabilität einer Gesellschaft hat (40 %).

Auch wenn sowohl Befragte mit als auch ohne Behinderung jeweils relativ-mehrheitlich der Meinung sind, dass Inklusion die Stabilität einer Gesellschaft stärkt (je 40 %), glauben Befragte ohne eigene Behinderung häufiger, dass Inklusion keinen Einfluss auf die Stabilität hat (35 zu 27 %), aber seltener, dass Inklusion die Stabilität einer Gesellschaft schwächt (11 zu 17 %).

### Denken Sie, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mehr Informationen zum Thema Inklusion in sein Programm einbauen sollte?

Im nächsten und letzten Teil des diesjährigen Schwerpunktes des Inklusionsmonitors haben wir uns mit der medialen Präsenz und Darstellung von Menschen mit Behinderung bzw. mit den Möglichkeiten der Nutzung von Medien durch Menschen mit Behinderung auseinandergesetzt.

Als erstes wurden die Umfrageteilnehmer danach gefragt, ob sie sich mehr Informationen zum Thema Inklusion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wünschen würden. Dabei kann festgestellt werden, dass dies bei den Befragten mehrheitlich der Fall ist: 39 Prozent würden sich etwas mehr Informationen wünschen und 20 Prozent sogar deutlich mehr. 28 Prozent wollen hingegen nicht mehr Informationen zu diesem Thema im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Elf Prozent können sich und zwei Prozent wollen sich hierzu nicht positionieren.

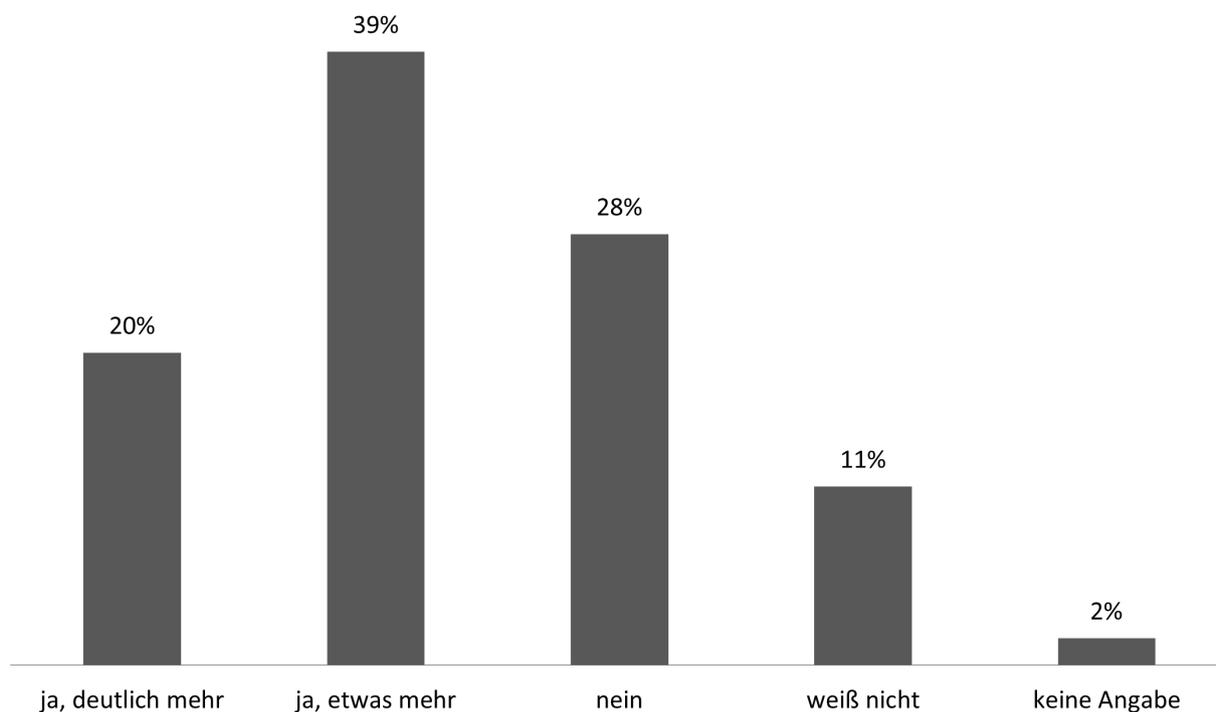


Abbildung 14: "Denken Sie, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mehr Informationen zum Thema Inklusion in sein Programm einbauen sollte?"

Männliche Befragte wünschen sich deutlich häufiger als weibliche nicht mehr Informationen zum Thema Inklusion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (32 zu 23 %). Auch Befragte zwischen 50 und 59 Jahren wollen dies relativ-mehrheitlich nicht (37 %), wohingegen sich alle anderen Altersgruppen jeweils relativ-mehrheitlich etwas mehr Informationen zu diesem Themenbereich wünschen würden (39 – 46 %).

Auch wenn sich bei der Betrachtung nach sozioökonomischer Selbsteinschätzung alle drei Befragtengruppen jeweils relativ-mehrheitlich etwas mehr Informationen zum Thema Inklusion im

öffentlich-rechtlichen Rundfunk wünschen würden (36 – 40 %), geben Befragte der Oberschicht (deutlich) häufiger an, dass sie sogar deutlich mehr solcher Informationen wollen (29 zu 19 bzw. 21 %). Befragte der Mittelschicht wollen dies hingegen (deutlich) häufiger als die beiden anderen Befragtengruppen nicht (31 zu 19 bzw. 23 %).

Befragte, welche sich im politischen Spektrum links der Mitte oder in der politischen Mitte verorten (45 bzw. 39 %) wünschen sich jeweils relativ-mehrheitlich etwas mehr Informationen zum Thema Inklusion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dabei wollen Befragte links der Mitte häufiger deutlich mehr Informationen (26 zu 19 bzw. 21 %). Umfrageteilnehmer, welche sich rechts der politischen Mitte verorten, sind in dieser Frage geteilter Ansicht: 36 Prozent dieser Befragten wünschen sich etwas mehr Informationen, wohingegen sich genauso viele Befragte nicht mehr Informationen wünschen.

Sowohl Befragte mit als auch ohne eigene Behinderung wünschen sich jeweils relativ-mehrheitlich etwas mehr Informationen zum Thema Inklusion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wobei dies Umfrageteilnehmer ohne eigene Behinderung häufiger angeben (41 zu 34 %). Befragte, welche selbst eine Behinderung haben, wünschen sich dagegen deutlich häufiger als Befragte, auf die das nicht zutrifft deutlich mehr Informationen (29 zu 18 %).

Auch innerhalb der Gruppe derer, welche eine eigene Behinderung haben, kann ein deutlicher Unterschied ausgemacht werden: Während sich Befragte, welche sich durch ihre Behinderung nicht eingeschränkt fühlen, knapp relativ-mehrheitlich nicht mehr Informationen zum Thema Inklusion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk wünschen (33 %; 30 % etwas mehr, 26 % deutlich mehr), wollen Befragte, welche sich durch ihre Behinderung eingeschränkt fühlen, jeweils häufiger sowohl deutlich mehr (30 zu 26 %) als auch etwas mehr Informationen (35 zu 30 %).

Außerdem kann festgestellt werden, dass sich Befragte, welche in ihrem Familien- und/oder Freundeskreis Menschen mit Behinderung haben, deutlich häufiger als jene, bei denen dies nicht der Fall ist, deutlich mehr Informationen wünschen (27 zu 16 %). Dennoch wollen beide Befragtengruppen jeweils mehrheitlich etwas mehr Informationen zum Thema Inklusion im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (39 bzw. 40 %).

Sämtliche Wählergruppen wünschen sich jeweils mehrheitlich etwas mehr Informationen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zum Thema Inklusion, wobei dies Wähler der FDP (51 %) sogar absolut-mehrheitlich angeben (Rest: 37 – 47 %). Entsprechend wünscht sich diese Wählergruppe (7 %) am seltensten deutlich mehr Informationen hierzu im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wähler der CDU (22 %), der SPD (25 %) und der Grünen (30 %) möchten deutlich mehr Informationen zum Thema Inklusion häufiger als Wähler von Linke und AfD (je 17 %).

### **Wie stehen Sie zu folgender Aussage? Bei Filmen/Serien sollten Charaktere mit Behinderung möglichst immer von Schauspielern dargestellt werden, welche die jeweilige Behinderung auch selbst haben.**

Als nächstes haben wir uns mit der Darstellung von Menschen mit Behinderung in Filmen und Serien auseinandergesetzt. Dafür haben wir die Befragten um ihre Einschätzung gebeten, ob sie glauben, dass in Filmen und Serien Charaktere mit Behinderung auch immer von Schauspielern dargestellt werden sollten, welche selbst auch die jeweilige Behinderung haben.

Dies bejaht eine deutliche Mehrheit: 37 Prozent sind eher dieser Meinung und weitere 24 Prozent sogar absolut. Insgesamt sind folglich 61 Prozent (kumuliert) dieser Ansicht, wohingegen 20 Prozent hier eher nicht und weitere sieben Prozent absolut nicht zustimmen (27 %, kumuliert).

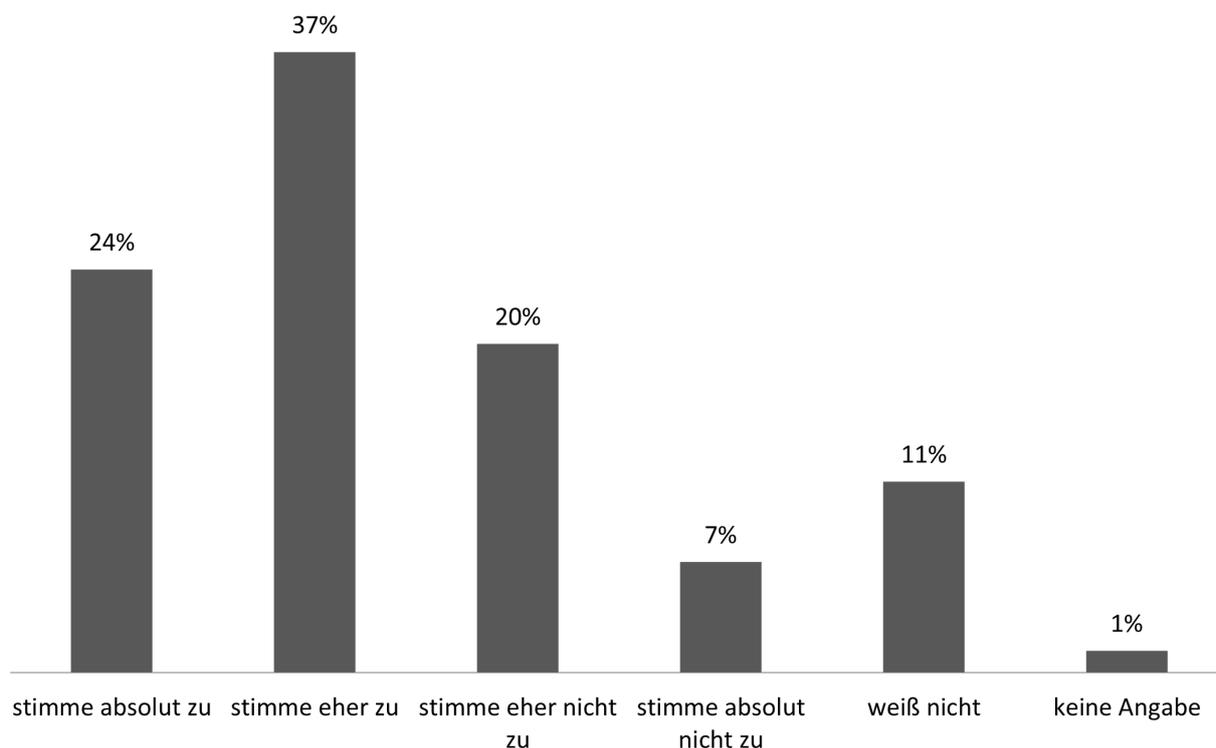


Abbildung 15: "Wie stehen Sie zu folgender Aussage? Bei Filmen/Serien sollten Charaktere mit Behinderung möglichst immer von Schauspielern dargestellt werden, welche die jeweilige Behinderung auch selbst haben."

Zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen nur wenige Unterschiede festgestellt werden. Auffällig ist hier nur, dass Befragte, welche sich selbst der Oberschicht zuordnen, der Aussage deutlich häufiger zustimmen (71 zu je 61 %), wohingegen sich Befragte der Mittel- und Unterschicht entsprechend jeweils häufiger ablehnend gegenüber dieser Aussage äußern (je 27 zu 20 %).

Sowohl Befragte mit als auch ohne eigener Behinderung stimmen der Aussage jeweils absolut-mehrheitlich zu (61 bzw. 62 %).

### **Wenn Sie an die Darstellung von Menschen mit Behinderungen in Filmen/Serien denken: Wie beurteilen Sie, alles in allem, die Darstellung von Menschen mit Behinderung?**

Insgesamt wird die Darstellung von Menschen mit Behinderung in Filmen oder Serien von den Befragten alles in allem, absolut-mehrheitlich als eher angemessen eingestuft (56 %). Weitere elf Prozent bewerten diese sogar als sehr angemessen. Demnach empfindet die deutliche Mehrheit von 67 Prozent (kumuliert) der Befragten die Darstellung von Menschen mit Behinderung in Serien und/oder Filmen als angemessen. Als unangemessen beurteilen sie lediglich 14 Prozent (kumuliert) (12 % eher, 2 % sehr unangemessen). 17 Prozent wissen hier keine Bewertung abzugeben und zwei Prozent machen keine Angabe.

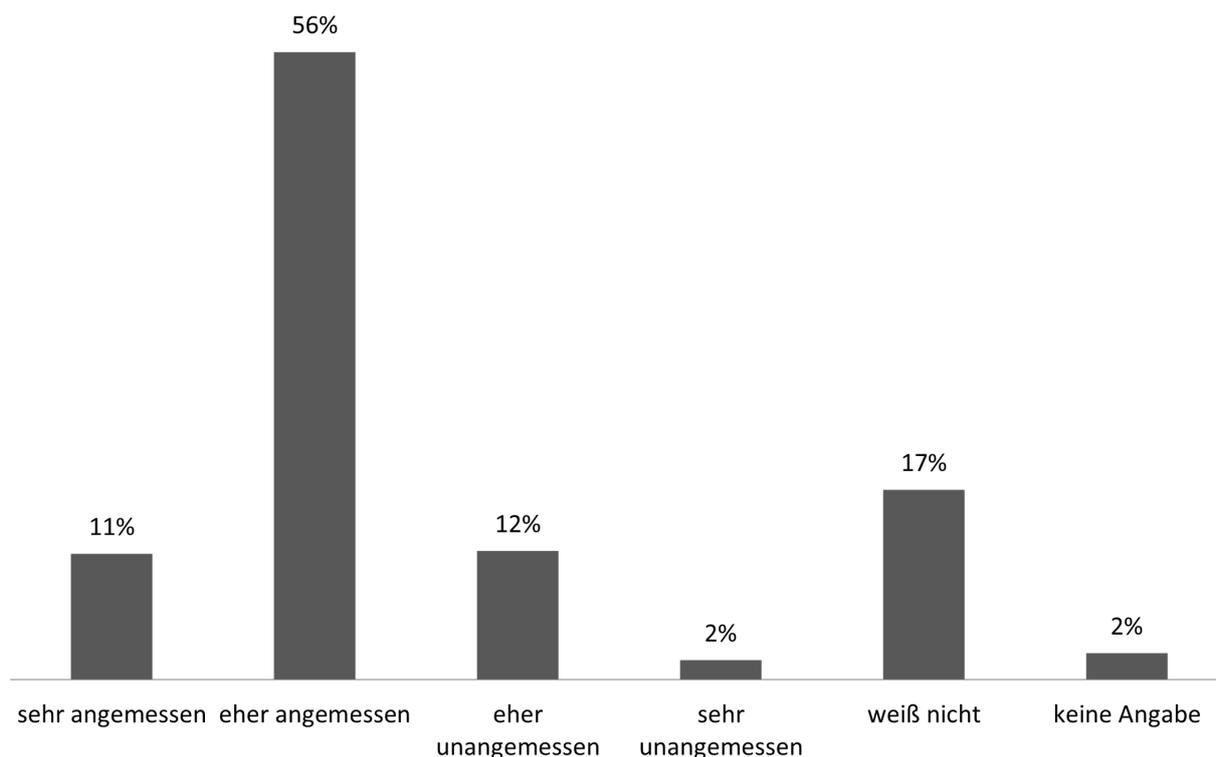


Abbildung 16: "Wenn Sie an die Darstellung von Menschen mit Behinderungen in Filmen/Serien denken: Wie beurteilen Sie, alles in allem, die Darstellung von Menschen mit Behinderung?"

Auch bei dieser Frage können aufgrund der deutlichen Mehrheitsverhältnisse nur wenige Unterschiede im Antwortverhalten zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen beobachtet werden: Die jüngsten Befragten (unter 30 Jahren) empfinden die Darstellung deutlich häufiger als unangemessen als ältere (26 zu 10 – 13 %), geben allerdings genauso wie die anderen Altersgruppen absolut-mehrheitlich an, dass die Darstellung insgesamt angemessen ist (59 zu 65 – 72 %).

Menschen, welche selbst eine Behinderung haben, empfinden die Darstellung etwas häufiger als unangemessen (17 zu 12 %), geben allerdings auch mit einer deutlichen Mehrheit an, dass diese insgesamt doch angemessen ist (62 zu 69 %).

### **Kommen Beiträge über und für Menschen mit Behinderung Ihrer Meinung nach im TV-Programm (eher) zu häufig oder zu selten vor?**

Weiter wurde danach gefragt, wie die Befragten das Ausmaß von Beiträgen über und für Menschen mit Behinderung im TV-Programm einschätzen. Dabei zeigt sich, dass 40 Prozent glauben, dass solche Beiträge weder zu häufig noch zu selten ausgestrahlt werden. 35 Prozent halten das aktuelle Ausmaß allerdings für eher zu gering und weitere sechs Prozent für deutlich zu gering. Insgesamt befinden folglich 41 Prozent (kumuliert) der Befragten, die Menge an Beiträgen über und für Menschen mit Behinderung im TV-Programm als zu gering. Dagegen sind lediglich fünf Prozent der Ansicht, dass diese eher zu häufig und weitere zwei Prozent deutlich zu häufig ausgestrahlt werden (7 %, kumuliert). Zwölf Prozent können und ein Prozent möchte dazu keine Auskunft erteilen.

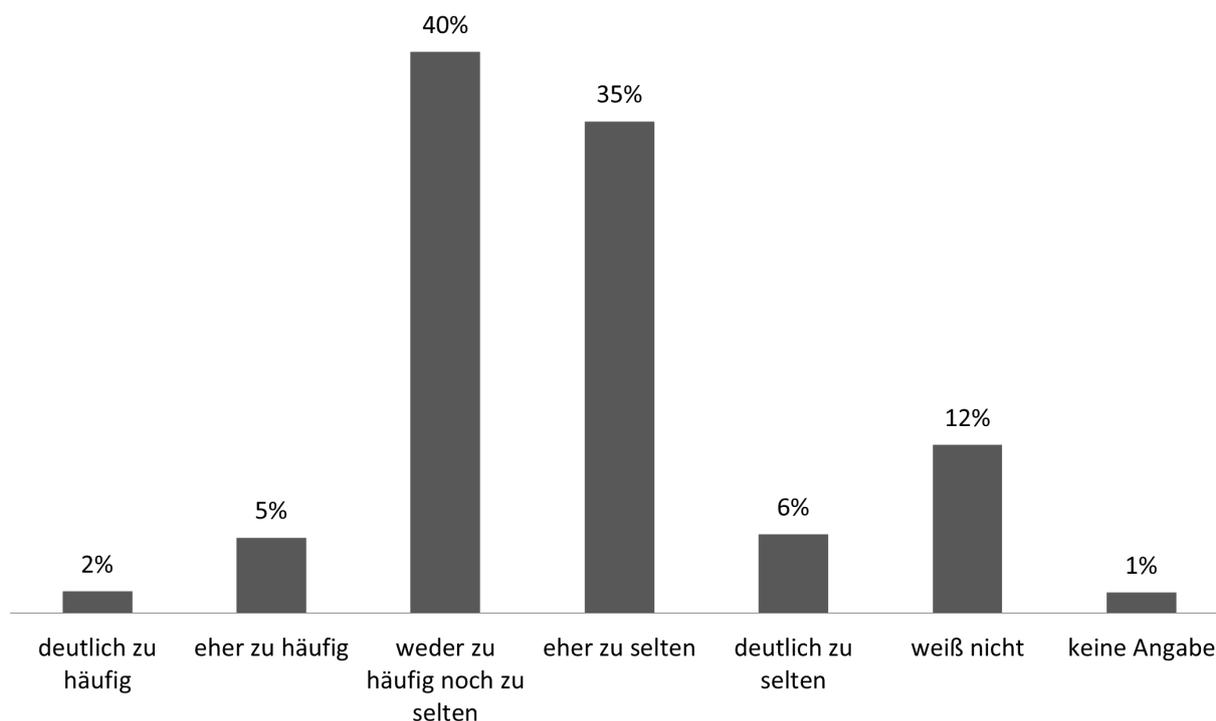


Abbildung 17: "Kommen Beiträge über und für Menschen mit Behinderung Ihrer Meinung nach im TV-Programm (eher) zu häufig oder zu selten vor?"

Die befragten Frauen sind relativ-mehrheitlich der Ansicht, dass solche Beiträge zu selten im TV-Programm vorkommen (45 %), wohingegen männliche Befragte das aktuelle Ausmaß mehrheitlich für genau richtig erachten (43 %). Nicht nur männliche Befragte halten dieses Ausmaß für genau richtig, sondern auch Befragte zwischen 30 und 39 Jahren (43 %) geben dies relativ-mehrheitlich und Befragte zwischen 50 und 59 Jahren (54 %) sogar absolut-mehrheitlich an. Alle anderen Altersgruppen sind hingegen mehrheitlich der Ansicht, dass diese Beiträge zu selten ausgestrahlt werden (37 – 44 %).

Befragte, welche sich selbst der Unterschicht zuordnen, sind relativ-mehrheitlich der Ansicht, dass Beiträge mit und für Menschen mit Behinderung im TV-Programm zu selten sind (41 %). Umfrageteilnehmer, welche sich der Mittelschicht zuordnen, finden die Menge ebenfalls zu 41 Prozent zu gering, sind aber aufgrund ihres hohen „weiß nicht/keine Angabe“-Anteils (19 zu 11 bzw. 7 %) insgesamt geteilter Ansicht (42 % weder zu häufig noch zu selten, 41 % zu selten). Befragte, welche sich selbst der Oberschicht zuordnen, glauben relativ-mehrheitlich, dass diese Beiträge weder zu häufig noch zu selten (41 %) vorkommen, aber geben auch deutlich häufiger als die anderen beiden Befragtengruppen an, dass sie diese für zu häufig halten (20 zu 6 bzw. 5 %).

Während Umfrageteilnehmer, welche sich entweder in der politischen Mitte (43 %) oder rechts davon positionieren (45 %), den Anteil an Beiträge über und mit Menschen mit Behinderung im TV-Programm jeweils relativ-mehrheitlich als weder zu häufig noch zu selten ansehen, sind Befragte links der politischen Mitte absolut-mehrheitlich der Ansicht, dass diese zu selten im TV-Programm zu sehen sind (54 %).

Befragte mit eigener Behinderung vertreten relativ-mehrheitlich die Meinung, dass Beiträge über und für Menschen mit Behinderung im TV-Programm zu selten vertreten sind (43 %), während Umfrageteilnehmer ohne Behinderung diesbezüglich gespalten sind zwischen „weder zu häufig noch zu selten“ (41 %) und „zu selten“ (40 %).

### Alles in allem: Wie steht es Ihrer Meinung nach um die Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen (ARD, ZDF etc.)?

Als Nächstes haben wir die Einschätzung der Befragten in Bezug auf die Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen abgefragt. Insgesamt gibt etwa ein Drittel (34 %) der Befragten an, dass sie diese nicht einschätzen können. 29 Prozent halten die Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen für genau richtig. Allerdings kann auch aufgezeigt werden, dass insgesamt mehr Befragte die Barrierefreiheit als zu wenig ausgebaut ansehen als zu weit: 23 Prozent halten diese für eher zu wenig und weitere vier Prozent für deutlich zu wenig ausgebaut (27 %, kumuliert). Lediglich fünf Prozent befinden diese hingegen als eher zu weit und zwei Prozent als deutlich zu weit ausgebaut (7 %, kumuliert). Drei Prozent möchten sich zu dieser Frage nicht positionieren.

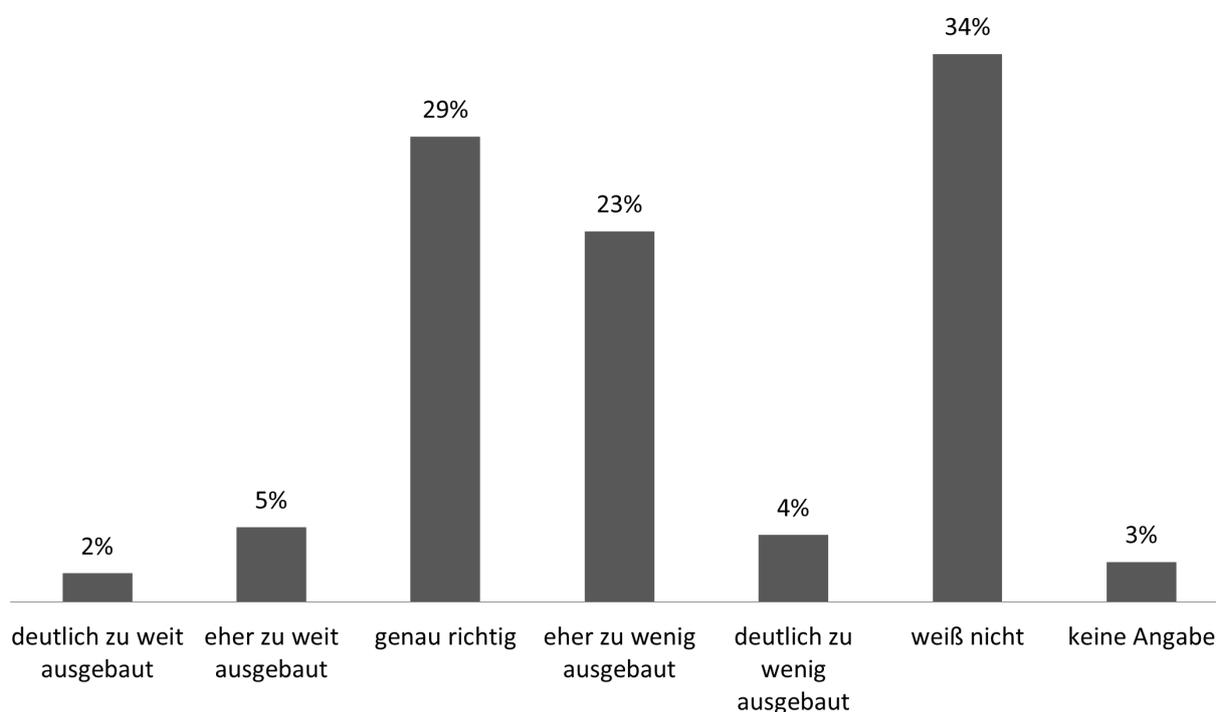


Abbildung 18 "Alles in allem: Wie steht es Ihrer Meinung nach um die Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen (ARD, ZDF etc.)?"

Während Befragte ab 50 Jahren jeweils relativ-mehrheitlich angeben, dass sie die Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht beurteilen können oder wollen (je 41 %), halten Befragte unter 30 Jahren diese relativ-mehrheitlich für zu wenig ausgebaut (36 %). Bei den anderen beiden Altersgruppen kann jeweils kein klares Stimmungsbild ermittelt werden (32 bzw. 34 % zu wenig ausgebaut zu 33 bzw. 34 % weiß nicht/keine Angabe).

Die Häufigkeit der Antworten von Befragten der Oberschicht verteilt sich fast schon gleichmäßig auf alle vier Antwortkategorien: 28 Prozent halten die Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk für genau richtig, 27 Prozent können oder wollen dazu keine Angabe machen, 23 Prozent finden sie zu wenig und 22 Prozent zu weit ausgebaut. Damit geben Befragte der Oberschicht deutlich häufiger als die beiden anderen Befragtengruppen an, dass sie die Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk für zu weit ausgebaut halten (22 zu 5 bzw. 4 %). Sich selbst in der Mittel- und Unterschicht Verortende können oder wollen den Ausbau relativ-mehrheitlich nicht beurteilen (37 bzw. 38 %).

Befragte mit eigener Behinderung halten die Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk häufiger für zu wenig ausgebaut (32 zu 26 %), wohingegen Befragte ohne eigene Behinderung

diese öfter für genau richtig befinden (31 zu 24 %). Dennoch können oder wollen sich beide Befragtengruppen jeweils relativ-mehrheitlich nicht dazu äußern (35 bzw. 37 %). Außerdem kann festgestellt werden, dass Befragte, welche im eigenen Familien- und/oder Freundeskreis Menschen mit Behinderung haben, die Barrierefreiheit häufiger als zu wenig ausgebaut einschätzen (32 zu 25 %), wohingegen Befragte ohne Menschen mit Behinderung im Familie-/Freundeskreis diese öfter als genau richtig einstufen (32 zu 26 %).

Wähler der SPD befinden die Barrierefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als einzige Wählergruppen relativ-mehrheitlich als genau richtig (41 %). Unionswähler sind gespalten zwischen den Antwortoptionen „genau richtig“ (35 %) und „zu wenig ausgebaut“ (34 %) und Wähler der Grünen zwischen „genau richtig“ (31 %), „zu wenig ausgebaut“ und „weiß nicht/keine Angabe“ (je 29 %). AfD- (35 %) sowie FDP- (36 %) und Linke- Wähler (39 %) wählen jeweils mehrheitlich die Antwortoption „weiß nicht/keine Angabe“.

**Welche der folgenden Punkte sind Ihrer Meinung nach im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu wenig ausgebaut?**

Jene Befragte, welche die Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu wenig ausgebaut finden, wurden weiter gefragt, welche Punkte ihrer Meinung nach weiter ausgebaut werden sollten. Dabei geben jeweils 51 Prozent Sendungen in Gebärdensprache und Sendungen mit eingespielter Bildbeschreibung für blinde Zuschauer an. 43 Prozent dieser Befragten wünschen sich außerdem mehr Sendungen mit Untertitel und zwei Prozent nennen andere Punkte. 16 Prozent wissen hier keine konkrete Antwort und vier Prozent machen keine Angabe.

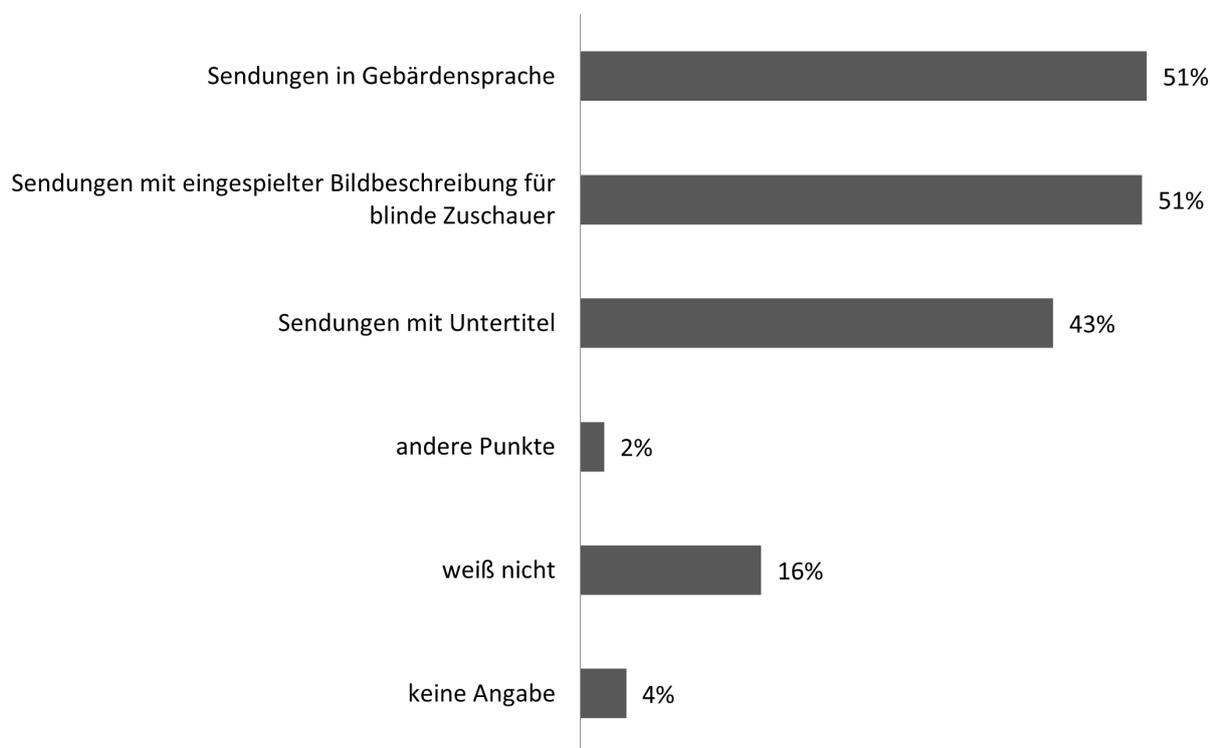


Abbildung 19: "Welche der folgenden Punkte sind Ihrer Meinung nach im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu wenig ausgebaut?", n = 275

Die jüngsten Befragten würden sich deutlich häufiger einen Ausbau der Sendungen mit Untertiteln wünschen: 53 Prozent der 18- bis 29-Jährigen geben dies an (Rest: 39 – 43 %). Auch einen Ausbau der Sendungen in Gebärdensprache wünschen sich die jüngsten Befragten (etwas) häufiger (58 zu 45 – 53 %). Sendungen mit eingespielter Bildbeschreibung für blinde Zuschauer wünschen sich die ältesten Befragten deutlich seltener als die jüngeren Befragten (39 zu 54 – 61 %). Bei den anderen soziodemografischen Merkmalen können keine bedeutsamen Unterschiede im Antwortverhalten beobachtet werden.